



29. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 26. April 2013

Mitteilungen der Präsidentin	2507	Monika Düker (GRÜNE)	2532
Antrag zur Geschäftsordnung	2507	Dr. Ingo Wolf (FDP).....	2533
Karl-Josef Laumann (CDU).....	2507	Minister Ralf Jäger	2533
Norbert Römer (SPD).....	2508	Nicolaus Kern (PIRATEN)	2534
Ergebnis	2508	Ergebnis.....	2535
1 Aktueller Sachstand über die Klage der Firma Klausner gegen das Land NRW über Holzlieferungen – „Klausner- Vertrag 2007“		3 NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen – Sofortprogramm „Beute zurück“ star- ten!	
Unterrichtung durch die Landesregierung	2508	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2621	2535
Minister Johannes Remmel.....	2508	Dr. Robert Orth (FDP).....	2535
Rainer Deppe (CDU)	2511	Falk Heinrichs (SPD)	2536
Annette Watermann-Krass (SPD)	2514	Gregor Golland (CDU)	2537
Norwich Rüße (GRÜNE)	2515	Verena Schäffer (GRÜNE)	2538
Karlheinz Busen (FDP).....	2517	Dirk Schatz (PIRATEN).....	2539
Daniel Schwerd (PIRATEN)	2519	Minister Ralf Jäger	2540
Minister Johannes Remmel.....	2520	Ergebnis.....	2542
Josef Hovenjürgen (CDU)	2521	Nächste Sitzung	2542
Inge Blask (SPD)	2523	Entschuldigt waren:	
Norwich Rüße (GRÜNE)	2524	Minister Michael Groschek (bis 12:30 Uhr)	
Henning Höne (FDP)	2524	Ministerin Sylvia Löhrmann	
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)	2526	Ingrid Hack (SPD)	
Annette Watermann-Krass (SPD)	2528	Thomas Marquardt (SPD)	
Norwich Rüße (GRÜNE)	2529	Karl Schultheis (SPD)	
2 EU-Visumfreiheit für die Länder des westlichen Balkans muss bestehen bleiben!		Markus Töns (SPD)	
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/2631	2529	Bernd Krückel (CDU)	
Nicolaus Kern (PIRATEN)	2529	Theo Kruse (CDU)	
Ibrahim Yetim (SPD).....	2530	André Kuper (CDU)	
Ilka von Boeselager (CDU).....	2531	Norbert Post (CDU)	

Peter Preuß (CDU)
(bis 11:00 Uhr)

Daniel Sieveke (CDU)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

Christian Lindner (FDP)
(bis 12:00 Uhr)

Yvonne Gebauer (FDP)

Monika Pieper (PIRATEN)

Beginn: 10:05 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich grüße Sie alle ganz herzlich und heiße Sie zu unserer heutigen, der 29. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen willkommen.

Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zwölf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich folgenden Hinweis geben: Mit Blick auf das geplante Ende der heutigen Plenarsitzung werden wir auf die an den beiden vorangegangenen Tagen erprobte **abstimmungsfreie Mittagspause verzichten** und jeweils unmittelbar im Anschluss an das Ende der Beratungen zu einem Tagesordnungspunkt die Abstimmungen durchführen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten können, hat mir die Fraktion der CDU signalisiert, dass es einen **Antrag zur Geschäftsordnung** gibt. Hatte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion Gelegenheit, das zu tun, was wir verabredet haben? – Herr Kollege Laumann, Sie haben sofort das Wort.

Karl-Josef Laumann (CDU) : Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der CDU-Fraktion beantrage ich nach § 19 der Geschäftsordnung des Landtags von Nordrhein-Westfalen eine Änderung der Tagesordnung für die heutige Plenarsitzung, nämlich die Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes: „Zukunft des Logistikzentrums bei Opel in Bochum“.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Erst gestern haben wir hier über die Zukunft des Opel-Standortes Bochum gesprochen. Sie, Frau Kraft, haben gesagt, die Kolleginnen und Kollegen vor Ort hätten einen Wirtschaftsminister verdient, der ernsthafte Gespräche führt und versucht, das Beste für die Kolleginnen und Kollegen am Standort und für Nordrhein-Westfalen insgesamt herauszuholen.

Nachdem wir heute die Zeitungen aufgeschlagen haben, konnten wir lesen, was „das Beste“ ist, was diese Landesregierung herausgeholt hat: die komplette Schließung des Standortes Bochum. Jetzt stellt sich für mich die Frage: Was wusste diese Landesregierung zum gestrigen Zeitpunkt davon?

(Oliver Wittke [CDU]: Alles!)

Sie, Herr Duin, haben gestern aufgezählt, mit wem Sie alles sprechen: mit dem Betriebsratsvorsitzenden, mit den Mitgliedern des Betriebsrates, mit der

IG Metall, mit Mitgliedern des Aufsichtsrates, mit der Werksleitung, mit der Unternehmensführung und vielen anderen mehr.

Status quo ist, haben Sie gesagt: Es gibt keine Klarheit über die Frage des Logistikzentrums.

Nicht einmal sechs Stunden später wird von Opel mitgeteilt – und das ist eine ganz bittere Wahrheit –: Das Logistikzentrum wird dicht gemacht. – Seit einer Stunde weiß ich im Übrigen, dass die Entscheidung mit einer Sperrfrist schon seit Samstag beim Pressesprecher von Opel lag.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! – Weitere Zurufe)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Laumann, Sie begründen gerade einen Geschäftsordnungsantrag. Ich bitte Sie, die Regeln der Begründung eines Geschäftsordnungsantrags einzuhalten.

Karl-Josef Laumann (CDU): Ja, Frau Präsidentin, dazu komme ich jetzt.

Das lässt für mich nur zwei Interpretationen zu: Entweder wird diese Landesregierung von ihren Gesprächspartnern überhaupt nicht ernst genommen,

(Beifall von der CDU und der FDP)

oder Sie, Herr Wirtschaftsminister, haben gestern im Parlament dreist und mit voller Absicht getäuscht.

(Beifall von der CDU)

Deswegen fordern wir die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes, damit Sie jetzt in einer Debatte in diesem Parlament die Möglichkeit haben, das richtigzustellen.

Gleiches gilt im Übrigen für Herrn Römer. Er hat gestern Abend nach seinem Gespräch mit dem Betriebsrat noch eine Pressemitteilung herausgegeben.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Laumann, Sie haben den Geschäftsordnungsantrag begründet.

Karl-Josef Laumann (CDU): Auch da stellt sich die Frage: Was hat Herr Römer zum gestrigen Zeitpunkt gewusst?

(Zurufe von der SPD)

Ich bitte, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Herr Kollege Laumann, nicht dass Sie meine Einlassung missverstehen – aber wir sind im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte.

(Zuruf von Oliver Wittke [CDU])

– Ich richte mich gerade an Ihren Fraktionsvorsitzenden. – Sie haben hier sitzungsleitende Präsidentinnen oder Präsidenten, damit die Regeln eingehalten werden.

(Oliver Wittke [CDU]: Sie sind eingehalten worden! – Gegenruf von der SPD: Quatsch!)

– Herr Wittke, ich rede jetzt. – Im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte über den Antrag, gemäß § 19 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung die Tagesordnung zu ändern, ist der Grat zwischen der Begründung und dem Einstieg in eine inhaltliche Debatte immer relativ schmal. Damit Sie ihn nicht endgültig überschreiten, habe ich Sie darauf aufmerksam gemacht – mehr nicht. Ich glaube, das ist auch absolut fair; denn umgekehrt würden Sie das in anderen Fällen von mir ebenfalls erwarten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt sind wir im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte. Für die SPD-Fraktion hat sich Kollege Römer gemeldet, für den natürlich dasselbe gilt. Wir sind in einer Geschäftsordnungsdebatte.

(Martin Börschel [SPD]: Dem muss man das nicht sagen! Der weiß das selbst!)

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir lehnen diesen Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion ab.

(Christof Rasche [FDP]: Aha! – Oliver Wittke [CDU]: Feigling!)

Ich begründe das ganz kurz. Herr Kollege Laumann, wir haben gestern hier in diesem Kreis ausführlich über das Thema debattiert.

(Zurufe von der CDU: Wir haben nichts debattiert! – Es geht um die Menschen!)

Wir haben vor allen Dingen gemeinsam festgehalten, dass es das Angebot des Wirtschaftsministers an die Fraktionsvorsitzenden gibt, in diesem schwierigen Prozess eine offene und transparente Umgangsweise zu praktizieren, und dieses angenommen.

(Christian Möbius [CDU]: Der weiß doch nichts!)

Die Einladung des Wirtschaftsministers an die Fraktionsvorsitzenden liegt vor.

(Oliver Wittke [CDU]: Wer hat Opel verraten? – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Wittke, Sie haben es nötig!)

Meine Damen und Herren, dieses Thema „Opel“ – Herr Kollege Laumann, und das war Gegenstand des Gesprächs, das ich anschließend mit Betriebsräten geführt habe – ist viel zu wichtig, als dass es hier auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden könnte.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es weitere Wortmeldungen im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte? – Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich den von Herrn Kollegen Laumann vorgetragene **Geschäftsordnungsantrag**, gemäß § 19 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung die heutige **Tagesordnung** um den Tagesordnungspunkt „Zukunft des Logistikzentrums bei Opel in Bochum“ zu **ergänzen**, zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Geschäftsordnungsantrag auf Ergänzung der Tagesordnung mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Damit sind wir im Rahmen der Ihnen vorliegenden **Tagesordnung**, in die wir jetzt auch eintreten können.

Ich rufe auf:

1 Aktueller Sachstand über die Klage der Firma Klausner gegen das Land NRW über Holzlieferungen – „Klausner-Vertrag 2007“

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Wie ich bereits gestern ausgeführt habe, hat mir der Chef der Staatskanzlei mit Schreiben vom 24. April 2013 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, zu diesem Thema zu unterrichten.

Die Unterrichtung erfolgt durch den Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Ich erteile Herrn Minister Rimmel das Wort zur Unterrichtung.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Wochen und Monaten ist viel über die Forderungen der österreichischen Sägewerksgruppe Klausner an das Land Nordrhein-Westfalen berichtet worden. Dabei geht es zum einen um Holzlieferungsverpflichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen, zum anderen um eine

Schadensersatzklage sowie Ergänzungsklagen dieser Firma über ca. 120 Millionen €.

Durch einen aktuellen Antrag der Firma Klausner auf Erlass einer einstweiligen Verfügung beim Landgericht Münster soll das Land verpflichtet werden, kein Fichtenstammholz an andere Kunden insbesondere in Nordrhein-Westfalen zu liefern und zu vermitteln.

Dadurch hat das Geschehen rund um den Klausner-Vertrag noch einmal an Dramatik zugenommen. Ich sehe es deshalb als Aufgabe der Landesregierung und auch als meine Aufgabe, das Parlament zeitnah über die aktuellen Ereignisse zu unterrichten. Ich danke für die Möglichkeit, das heute hier tun zu können.

Um die Dimension des Falles begreifen zu können, ist es erforderlich, die Anfänge und damit die Ursachen und Hintergründe noch einmal zu beleuchten. Im Januar 2007 hat der Orkan Kyrill die Wälder Nordrhein-Westfalens verwüstet. Circa 16 Millionen Festmeter Rundholz – im Wesentlichen Fichtenstammholz – wurden in einer Nacht zu Boden geworfen. Dies war und ist das Vielfache eines nachhaltigen Holzeinschlages. Sie werden sich erinnern, ganze Berghänge waren entwaldet, über 30.000 ha Waldflächen waren großflächig geworfen, Waldbesitzer waren und sind in Existenznot, die Holzpreise fielen dramatisch.

Knapp einen Monat nach diesem Ereignis hat das damalige Umweltministerium am 16.02.2007 im Rahmen seiner Fachaufsicht die Organisation der notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des Sturmschadens Kyrill mit sofortiger Wirkung an sich gezogen und den Leiter der Landesforstverwaltung im Umweltministerium damit beauftragt, die Leitung des Krisen- und Arbeitsstabes und die Verhandlungen für den Abschluss von Verträgen zu übernehmen.

Ganze vier Tage später, am 20. Februar 2007, also nach der Übertragung vom Landesbetrieb auf das Ministerium, hat es ohne jede externe juristische Beratung eine Vereinbarung mit der Klausner-Gruppe gegeben, die nicht nur die Vermarktung von Sturmholz zum Ziel hatte, sondern darüber hinaus eine jährliche Lieferung von 500.000 Festmetern Frischholz für die Jahre 2009 bis 2014 vorsah. Dies entspricht etwa einem Viertel des nachhaltigen Fichtenstammholzeinschlages in Nordrhein-Westfalen. Diese Menge sollte aus allen Waldbesitzarten geliefert werden.

Man muss als Hintergrund wissen, dass im Staatswald Nordrhein-Westfalen nachhaltig rund 200.000 Festmeter Fichtenstammholz geerntet werden können. Hier wurde also eine vertragliche Zusage formuliert, welche die objektiven Möglichkeiten des Staatswaldes auf das 2,5fache erhöhte. Man muss auch wissen, dass es sich hier um ein Vermögen

über einen zweistelligen Millionenbetrag handelte, der auf sieben Jahre vertraglich gebunden wird.

Es ist bekannt, dass die damalige Leitung des Landesbetriebes Wald und Holz diese Vereinbarung nicht unterzeichnete und schriftlich remonstrierte, dass ein Fichteneinschlag von 500.000 Festmetern im Staatswald unter Einhaltung des gesetzlichen Nachhaltigkeitsgebotes – ich zitiere – „definitiv nicht zu erbringen ist“.

Der Folgevertrag mit Klausner vom 17.04.2007 versuchte dann, die Garantie des Staatswaldes zu relativieren und sah eine Lieferverpflichtung des Staatswaldes von „nur“ 195.000 Festmeter vor. Ob und in welchem Umfang die in der Vereinbarung vom 20.02.2007 ausgesprochene Garantie bis heute gilt, ist jedoch weiterhin streitig.

Es ist bekannt, dass die heimischen Säger damals sofort massiv protestiert haben. Aber die damalige Landesregierung hat diese Bedenken nicht ernst genommen und ignoriert.

Nun sollte man meinen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung alles versucht hätte, um aus diesem Knebelvertrag wieder herauszukommen, als Klausner dann aufgrund der eigenen drohenden Insolvenz in finanzielle Schieflage geriet und Vertragsverpflichtungen nicht mehr oder nur unzureichend erfüllte. Leider kann ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, nichts dergleichen berichten.

Zwar ist der Landesbetrieb Wald und Holz schließlich im Jahr 2009 vom Vertrag zurückgetreten, doch dies geschah offensichtlich halbherzig. Aus Sicht des Landes wurde die günstige Gelegenheit also nicht wahrgenommen. Klausner zog anschließend vor Gericht.

Lassen Sie mich nun zu den Konsequenzen dieser Abläufe aus dem Zeitraum der vorletzten Legislaturperiode kommen: Am 03.12.2012 hat das OLG Hamm festgestellt, dass die Verträge mit der Firma Klausner weiterhin gelten. Das ist das Ergebnis der Feststellungsklage.

Daraufhin hat die Firma Klausner das Land am 28.12.2012 auf Schadensersatz in Höhe von 56 Millionen € für die Schließung des Sägewerks in Adelsborn und für 2009 nicht geliefertes Holz verklagt, da sie das Land wegen der unterlassenen Holzlieferung des Landesbetriebes im Jahr 2009 für die Werkschließung in die Verantwortung nimmt.

Mittlerweile hat die Firma Klausner ihre Schadensersatzklage erweitert. Danach beantragt Klausner im Kern die Verpflichtung von Nordrhein-Westfalen zur Lieferung von Staatswaldholz für die Zeit vom 01.01.2010 bis zum 28.02.2013 mit insgesamt 620.000 Festmetern Fichtenstammholz und zweitens die Belieferung von fast 970.000 Festmetern Fichtenstammholz – hier Vermittlungsholz – für den Zeitraum vom 01.01.2010 bis zum 28.02.2013.

Weiterhin beansprucht Klausner für die Restlaufzeit des Vertrages 2013 und 2014 Lieferungen von jeweils 500.000 Festmeter, davon 195.000 Festmeter aus dem Staatswald.

Zusätzlich hat Klausner am 10.04. eine einstweilige Verfügung gegen das Land Nordrhein-Westfalen beim Landgericht Münster beantragt. Darin fordert Klausner für die nächsten neun Monate – das betrifft also dieses Jahr – das Land auf, kein Fichtenstammholz mehr aus Landesbesitz an andere Bewerber als an Klausner zu liefern und gleichfalls auch Holz aus dem Privat- und Kommunalwald, das der Landesbetrieb vermittelt, ausschließlich an Klausner zu liefern. Bei einer schuldhaften Zuwiderhandlung beantragt Klausner ein Ordnungsgeld in Höhe von 250.000 € sowie eine Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten für den Leiter des Landesbetriebes, im Wiederholungsfall von bis zu zwei Jahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die von Klausner vorgetragene Ansprüche auf Nadelholzlieferungen treffen uns in einer Situation, in der der Holzmarkt bereits sehr angespannt ist. Überall klagen die Sägewerke über ein zu niedriges Nadelholzangebot. Viele Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer halten sich auch aufgrund der internationalen Konjunkturlage zurück. Gleichzeitig haben wir steigende Holzpreise. Zwei nordrhein-westfälische Sägewerke gingen in den letzten zwei Monaten in Insolvenz.

Wir können uns also alle ausmalen, welche Folgen es hätte, wenn Klausner vor Gericht siegen würde. Der Schaden für die Arbeitsplätze im ländlichen Raum, für den Komplex Wald und Holz bzw. für die Holz- und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen wäre enorm.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, eine Arbeitsgruppe von Fachleuten des Ministeriums, des Landesbetriebes und einer von uns beauftragten Rechtsanwaltskanzlei bewertet zurzeit regelmäßig die Situation, und wir bereiten uns auf die entsprechenden Gerichtsverfahren vor. Unser Ziel ist es, trotz der schwierigen Ausgangslage die Interessen des Landes auch in dieser gerichtlichen Auseinandersetzung mit der Firma Klausner bestmöglich zu wahren.

Folgende Schritte sollen dies sicherstellen:

Erstens. Das Land Nordrhein-Westfalen erkennt die Schadensersatzforderungen der Firma Klausner nicht an, denn für die Schließung des Werkes in Adelebsen ist das Land Nordrhein-Westfalen nicht verantwortlich. Auch die Bewertungen des Schadens in Bezug auf die Vertragsverpflichtung 2009 bleiben und sind strittig.

Zweitens. Nach dem rechtskräftigen Urteil des Oberlandesgerichtes Hamm sind die Verträge gültig. Demnach können die Lieferverpflichtungen des Staatswaldes für die Jahre 2013/14 an die Firma

Klausner aus unserer Sicht nicht bestritten werden. Deshalb hat der Landesbetrieb unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit auch der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Zertifizierungskriterien einer Nachhaltigkeitszertifizierung einen Lieferplan über 195.000 Festmeter für das Jahr 2013 erstellt, und er führt eine Klärung der vertraglichen Verpflichtungen beim Vermittlungsholz herbei.

Wir dehnen also für zwei Jahren absichtlich und in Kenntnis der gerichtlichen Entscheidung unseren Einschlag bis zu dem aus, was möglich ist, allerdings mit der Einschränkung verbunden, dass diese Lieferungserfüllung unter einer nach wie vor laufenden kartell- und europarechtliche Überprüfung steht.

Darüber hinaus werden wir im Staatswald im Sinne des Waldumbaus vermehrt Fichten ernten, um an die bisherigen Kunden, wo gewachsene Lieferverpflichtungen bestehen, zu liefern. Dies ist uns einerseits wichtig, um die gewachsenen Strukturen in Nordrhein-Westfalen zu erhalten, andererseits um nicht von der Seite her in kartellrechtliche Fragestellungen verwickelt zu werden. Wir sind also an zwei Seiten gebunden und müssen diese Bedingungen erfüllen.

Parallel dazu wird der Landesbetrieb Wald und Holz den Privat- und Kommunalwald unterstützen, die vorhandenen Holzreserven zu mobilisieren, damit insgesamt ausreichend Holz am Markt zur Verfügung steht. Dies geschieht selbstverständlich unter Beachtung der Nachhaltigkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Folgen der rechtlich verbindlichen Verträge mit der Firma Klausner sind nur dann erfolgreich zu meistern, wenn Verbände, Betriebe, Beschäftigte, die Politik, die öffentlichen Hände und das Land eng zusammenarbeiten. Deshalb haben wir direkt nach Bekanntwerden der zusätzlichen Anträge und Forderungen Klausners die entsprechenden Verbände der Forst- und Holzwirtschaft, die Umweltverbände, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebes, den entsprechenden Ausschuss des Landtags und die Berufsverbände umfangreich informiert.

Darüber hinaus habe ich zu einem engen Dialog eingeladen, der auch schon stattfindet. Wir sind in engem Austausch mit den forstlichen Berufsverbänden, dem Verband der Deutschen Säge- und Holzindustrie, den kommunalen und privaten Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern und den Umweltverbänden. Das soll in Form eines runden Tisches weitergeführt werden.

Ich habe deutlich gemacht, dass wir durch die von Klausner gewonnene Feststellungsklage gezwungen sind, unsere Verpflichtungen für die Jahre 2013 und 2014 bei gleichzeitiger naturnaher Waldbewirtschaftung durch den Landesbetrieb zu erfüllen. Allerdings muss sich das Land nun vor dem Landgericht Münster bei den eingereichten Schadenser-

satzklagen und bei der einstweiligen Anordnung entschieden wehren.

Bei aller gebotenen Sachlichkeit in einem laufenden Rechtsverfahren will ich doch am Ende aus meiner Haltung bzw. meiner Meinung keine Mördergrube machen. Ich empfinde die Ansprüche der Firma Klausner gegen das Land als Angriff auf die gesamte Forst- und Holzwirtschaft des Landes.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dahinter steckt – offen ausgesprochen – der Versuch, in Nordrhein-Westfalen eine aus Sicht eines großen Konzerns überfällige Marktberingung zu unternehmen und Mitbewerberinnen und Mitbewerber den Rohstoff ihres Arbeitens und Handelns zu entziehen. Wir reden hier über 3.000 Arbeitsplätze in der nordrhein-westfälischen Sägeindustrie, die in Gefahr geraten. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen. Wir müssen uns gemeinsam gegen diesen Versuch einer Marktberingung und Gefährdung der Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen stemmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diese schwierige Situation erfordert gemeinsame Anstrengungen und gemeinsames Handeln. Ich appelliere deshalb auch an die Opposition, sich dieser Verantwortung zu stellen, gemeinsam mit der Landesregierung und allen Akteuren des Clusters Wald und Holz diesen Angriff auf den Wald, auf die heimische Holzwirtschaft, ja auf die Menschen in Nordrhein-Westfalen abzuwehren. Es gilt jetzt, in Nordrhein-Westfalen zusammenzustehen und für nordrhein-westfälische Interessen gemeinsam einzutreten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Rimmel, für die Unterrichtung. – Ich eröffne die Aussprache zur Unterrichtung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Deppe von der CDU das Wort.

Rainer Deppe (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Jede Entscheidung, die wir Menschen treffen, treffen wir in einem ganz speziellen zeitlichen und sachlichen Kontext, immer auf der Basis der Fakten und Erkenntnisse, die zu dem Zeitpunkt der Entscheidung bekannt und verfügbar sind, und immer nach bestem Wissen und Gewissen. So war es 2007, so war es wohl 2012, und so wird es hoffentlich auch heute, 2013, sein. Ich hoffe, dass sich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sehr gut überlegt haben, welche Auswirkungen die verstärkte öffentliche Diskussion auf dem Ausgang des Gerichtsverfahrens haben wird.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wenn man eine Woche vor diesem wichtigen Gerichtstermin diesen Weg beschreitet, dann sollte man sehr gute Argumente haben und sich sicher sein, dass dieses Vorgehen dem Prozess wirklich nützt.

Wie war die damalige Situation? In der Nacht vom 18. auf den 19. Januar 2007 tobte über unser Land ein Orkan, wie wir ihn in Nordrhein-Westfalen noch nie erlebt hatten. Der Name „Kyrill“, den die meisten von uns wahrscheinlich in Zusammenhang mit dem russischen Alphabet gebracht hätten, wird sich bei denen, die diesen Orkan miterlebt haben, für ihr Leben unauslöschbar einprägen. Den Sturm Kyrill werden die Menschen im Sauerland und im Siegerland in ihrem Leben nie mehr vergessen. Und ich bin sicher, dass die Menschen noch in Generationen etwas mit dem Namen „Kyrill“ anzufangen wissen.

Ein Blick auf die Zeitungsüberschriften am Tag danach: „Orkan Kyrill fegt über Deutschland hinweg“, „Monstersturm fordert Menschenleben“, „Chaos und Tote durch Kyrill“, „So wütete Orkan Kyrill über Deutschland“, „Orkan Kyrill verursacht Milliarden-schäden“. Wir könnten wahrscheinlich alle Zeitungen des Landes ähnlich zitieren.

Sie erinnern sich sicherlich noch an die Bilder: Häuser mit abgedeckten Dächern, von Bäumen zerstörte Häuser, umgekippte Lastwagen, von Bäumen zerquetschte Autos, kahle Bergkuppen, wo dreißig Minuten vorher noch dichte Wälder waren, ehemals bewaldete Hänge, die aussahen, als hätte ein Messer sie einfach wegrasiert. Das war die Situation, die von außen sichtbar war. Als es dann in den Wald ging, wurde das ganze Ausmaß des Schadens für die Natur sichtbar.

Natürlich haben wir uns hier im Landtag sofort und in den Folgemonaten immer wieder mit dieser Katastrophe befasst. Eine eindrucksvolle Schilderung will ich Ihnen – mit Erlaubnis der Präsidentin – heute zitieren. Zitat aus der Plenardebatte:

„Vor einer Woche habe ich versucht, nach Hause zu kommen. Ich bin an der Kreisgrenze gescheitert, 20 km von Zuhause weg. Ich kam nicht über die Höhe, weil alle vier Straßen gesperrt worden waren.“

(Zuruf von der SPD: Zum Thema!)

„Bäume hinter mir fielen zu Boden, Bäume vor mir fielen zu Boden. Ich musste dort übernachten.“

(Unruhe)

– Hören Sie erst einmal zu! –

„Am nächsten Tag konnte ich in Augenschein nehmen, welche schrecklichen, verheerenden Wirkungen dieser Sturm in meiner Heimat gehabt hat. ... dass gestandene Männer am Rande ihres Waldes stehen und mit Tränen in den Au-

gen nicht nur die eigene Arbeit dahinsinken sehen, sondern auch die Arbeit ihrer Väter und Großväter“

(Unruhe – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen; es ist meine Redezeit, nicht Ihre –

„und die Perspektive ihrer Kinder. Es ist etwas anderes, wenn beispielsweise die Jahresernte eines Kartoffelbauern vor die Hunde geht – der kann im nächsten Jahr wieder anfangen. Ein Waldbauer wird die Früchte seiner eigenen Arbeit angesichts der Zerstörung, die jetzt festzustellen ist, nicht erleben können.“

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Deppe, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Frau Kollegin Beer würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Rainer Deppe (CDU): Lassen Sie mich bitte zunächst das Zitat zu Ende führen. Dann kann Frau Beer gerne diese Zwischenfrage stellen.

„Der Waldbauer arbeitet für zukünftige Generationen.“

Meine Damen und Herren, diese wahrlich eindrucksvolle und plastische Schilderung stammt von unserem Kollegen, von unserem jetzigen Minister Johannes Remmel in der Landtagsdebatte am 25. Januar 2007. Ich glaube, es ist gut, dass diese Schilderung hier in Erinnerung gerufen wird. – Bitte schön.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Deppe, danke schön, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben dargestellt, wie damals dieses singuläre Ereignis gewirkt hat. In der Tat war es außerordentlich. Würden Sie uns bitte im Folgenden darstellen, warum auf der Grundlage eines singulären Ereignisses auf Jahre ein Kahlschlag in Nordrhein-Westfalen von der damaligen Regierung auf den Weg gebracht worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Christian Möbius [CDU]: Er hat 20 Minuten Zeit!)

Rainer Deppe (CDU): Frau Kollegin Beer, ich weiß nicht, ob Ihre Wortwahl „ein singuläres Ereignis“ der Dramatik der damaligen Situation gerecht wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben hier über Wochen immer wieder Debatten geführt. Ich muss sagen: Damals hat sich Herr

Remmel für seine Heimatregion sehr engagiert eingesetzt. Das war auch richtig so.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es ist auch vollkommen in Ordnung, wie er die heutige Situation dargestellt hat.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Da hilft es überhaupt nichts, wenn Sie versuchen, bei diesem wahrlich wichtigen und schwierigen Thema irgendein parteipolitisches Süppchen zu kochen. Der Minister hat es auf jeden Fall nicht getan.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Deppe, bevor Sie in Ihrer eigentliche Rede fortfahren, weise ich darauf hin, dass es einen zweiten Wunsch nach einer Zwischenfrage gibt, diesmal von Herrn Kollegen Ellerbrock.

Rainer Deppe (CDU): Ja, gerne.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Deppe, können Sie vielleicht der Kollegin Beer darstellen, welche Teile dieses Parlaments sich im besonderen Maße dafür eingesetzt hatten, sofort und umfänglich das Holz aus dem Wald herauszuholen? Das war nach meiner Erinnerung sicherlich in verantwortlicher Weise ihr damaliger umweltpolitischer Sprecher. Vielleicht könnten Sie das Frau Beer in Erinnerung rufen.

Rainer Deppe (CDU): Herr Ellerbrock, ich denke, wir alle waren uns damals einig, dass die Situation im Sauerland und im Siegerland ganz schnell bereinigt werden muss, dass das Holz aus dem Wald herauskommen muss. Es war natürlich so, dass die damalige Opposition – ich schaue speziell Herrn Remmel an, der damals der Sprecher der Grünen war – das mit Nachdruck gefordert und gesagt hat, es geht nicht schnell genug, und wir müssen vorantreiben. Das ist doch selbstverständlich.

(Zuruf von der CDU: So war das!)

Wichtig war, dass wir uns damals alle einig waren, dass eine außergewöhnliche Situation im Land, eine Naturkatastrophe, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen bisher nicht erlebt hatten, gemeinsam bereinigt werden muss.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Deppe, ich will Sie nicht ein drittes Mal unterbrechen. Ich möchte Sie und insbesondere die Kolleginnen und Kollegen darauf hinweisen, dass ich gemäß § 33 Abs. 3, der sich mit den Zwischenfragen beschäftigt,

in der Lage bin zu entscheiden, dass nicht mehr als zwei Zwischenfragen zugelassen werden. Das würde ich jetzt gern tun, damit Herr Kollege Deppe seine Rede fortsetzen kann.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zur Sache!)

Rainer Deppe (CDU): Meine Damen und Herren, wie die Situation vor Ort war, habe ich dargestellt. Mit Zahlen kann man die Verwüstungen kaum beschreiben, doch ich will sie trotzdem nennen.

Insgesamt fielen in dieser Nacht dem Sturm 15,7 Millionen Festmeter auf einer Fläche von 50.000 ha zum Opfer. 25 Millionen Bäume, mehr als Nordrhein-Westfalen Einwohner hat, sind in einer Nacht wie Streichhölzer vom Sturm umgeknickt worden. Es ist ein Schaden von mehr als einer halben Milliarde Euro prognostiziert worden.

Wenn Sie die 15,7 Millionen Festmeter mit dem jetzt in Rede stehenden Problem, nämlich einer Lieferverpflichtung von 500.000 Festmetern, in Zusammenhang bringen, dann ist dies noch nicht einmal ein Dreißigstel des Volumens, das damals zu bewältigen war. Ich glaube, das muss man auch sehen, wenn man heute sagt, dass der Vertrag vielleicht in zu großem Umfang abgeschlossen worden ist.

(Beifall von der CDU)

Wir haben damals befürchtet – die Debatten haben doch diejenigen, die hier waren, miterlebt –, es würde Jahre dauern, bis das Sauerland wieder aufgeräumt sein würde. Man hatte Sorge um den Tourismus. Die Leute kommen, weil sie die Landschaft genießen wollen und nicht weil die Wege gesperrt sind und sie die Wälder nicht mehr betreten können. Es ging darum, das Holz so schnell wie möglich aus dem Wald zu schaffen.

Wir haben darüber gesprochen, dass wir die Straßen ertüchtigen, Bahnstrecken reaktivieren und Holzlagerplätze eingerichtet werden müssen. Neben diesen Aspekten des Tourismus und der Landschaft ging es auch darum zu verhindern, dass der Borkenkäfer mit Eintreten der wärmeren Temperaturen auf diese Flächen kommt und dann das, was an Holz liegt, restlos zerstört und den intakten Wald auch noch befallen würde. Das war damals die Situation.

(Beifall von der CDU)

Es ging darum, den Preisverfall zu stoppen. Wie nach jeder Sturmkatastrophe waren die Preise im freien Fall nach unten. Das ist unbestritten. Deshalb hat der Minister eben noch einmal darauf hingewiesen, wann der Vertrag abgeschlossen wurde, nämlich schon wenige Wochen nach diesem Ereignis. Erst als dieser Vertrag abgeschlossen wurde, haben sich die Preise stabilisiert und sind seitdem nicht wieder gesunken, sondern stetig nach oben gegangen.

(Beifall von der CDU)

Ich kenne genug Waldbesitzer, die froh und uns dankbar sind, dass damals dieser Vertrag abgeschlossen wurde, weil er die Preise stabilisiert und damit den freien Fall der Preise nach unten verhindert hat und dadurch die Existenz dieser Menschen gesichert werden konnte.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, es ging um die Zukunft des Sauerlandes und des Siegerlandes, um nicht mehr und nicht weniger. Das war die Frage, vor der wir standen.

Dann braucht man eine Landesregierung, die schnell und entschlossen handelt. Ich denke, dass dies geschehen ist, wird hier niemand bestreiten.

Die CDU-geführte Landesregierung hat damals als Erstes dafür gesorgt, dass das Chaos auf den Straßen beseitigt und die zerstörten Wege erneuert wurden. Wir haben Mittel bei der EU akquiriert. Die zerstörten Schienen mussten erneuert werden. Wir haben für die Waldbauern Steuervorteile beim Bundesfinanzminister herausgeholt, damit sie da nicht auch noch bestraft wurden. Wir mussten die Infrastruktur wiederherstellen. Wir haben das Holz aus dem Wald geholt. Natürlich haben wir auch Rahmenverträge abgeschlossen. Das war eine Maßnahme von vielleicht 80, 90 Maßnahmen, die dort getroffen werden mussten, und Sie picken sich hier jetzt einen einzigen Punkt heraus.

(Norbert Meesters [SPD]: Einen einzigen Punkt! Das ist ja unglaublich!)

Meine Damen und Herren, der Umweltminister hat am 5. Dezember ...

(Minister Johannes Remmel: Es musste um Erhaltung gehen!)

– Herr Remmel, Sie haben am 5. Dezember den Umweltausschuss informiert und zugesagt, den Landtag regelmäßig zu informieren. Das ist auch mit einem Schreiben vom 5. April an die Abgeordneten geschehen. Weitere Fakten, bis auf das heute von Ihnen Vorgetragene, sind dem Landtag nicht bekannt, und das Parlament hat der Landesregierung auch nicht in die Verhandlungs- und Prozessführung hineinzureden, schon gar nicht in einem laufenden Verfahren.

Unser gemeinsames Interesse – ich hoffe, von allen; aber ich kann hier für meine Fraktion sprechen – ist es, dass dieser Prozess gewonnen

(Beifall von der CDU)

und der Holzpreis nicht abrupten Schwankungen ausgesetzt wird. Wir wollen den Rohstoff Holz in unserem Land weiter in eine möglichst hochwertige Wertschöpfung bringen und die heimische und mittelständische Sägewerksindustrie erhalten, übrigens auch dadurch – diese Bemerkung sei mir vielleicht

gestattet –, dass wir die Funktion des Waldes, Holz zu produzieren, nicht hinter alle anderen Funktionen, die der Wald zu erfüllen hat, zurückdrängen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass die jetzige Regierung ihre Entscheidungen so wie die Vorgängerregierung nach bestem Wissen und nach dem in der augenblicklichen Situation verfügbaren Wissen getroffen hat und treffen wird.

(Jochen Ott [SPD]: Besser! – Gegenruf von Norbert Meesters [SPD]: Mit Sicherheit besser!)

– Sie mögen der Meinung sein.

Auch dann wird irgendwann ein Ergebnis vorliegen, und man wird aus der Rückschau sehen: War das, was man gemacht hat, alles richtig? Das wird man dann tun, aber nicht in Form von Schuldzuweisungen, sondern in der Form, dass man anerkennt, dass man nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat.

Man kann natürlich Fragen stellen, und eine Frage will ich hier auch stellen: War es wirklich richtig, dass Frau Watermann-Krass – sie kann ja gleich etwas dazu sagen – am 16. April im laufenden Verfahren eine Pressekonferenz gibt und dann noch gemeinsam mit einem Verbandsvertreter auftritt, in dessen Verband die Firma Klausner Mitglied ist, und zwar ein wichtiges Mitglied?

Wir unterstützen die Landesregierung, wenn es darum geht, Schaden abzuwenden. Wir alle haben ein großes Interesse daran, dass das Vorgehen der Regierung zu einem guten Ergebnis führt. Ich hoffe, dass Sie das gemeinsam mit uns erreichen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Deppe, Ihre emotionale Darstellung dieses durchaus veritablen Schadens, den wir erlitten haben,

(Zuruf von der SPD)

lenkt völlig davon ab, wer denn in diesem Land die Verantwortung für die Klagen und die einstweilige Verfügungen zu tragen hat.

Ich kann nur sagen: An diesem Erbe, das wir von der abgewählten Rüttgers-Regierung übernommen haben, werden wir noch lange zu tragen haben.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

– Ich kann es gerne wiederholen: Wir haben ein schweres Erbe übernommen.

(Zuruf von der CDU)

Obwohl es schon über sechs Jahre her ist, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Watermann-Krass, bevor Sie Ihren Gedankengang beginnen, will ich Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Scharrenbach zulassen möchten.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ich möchte jetzt erst einmal mit meiner Rede beginnen. Außer auf Herrn Deppe zu entgegnen, habe ich ja noch nichts weiter gesagt.

Sechs Jahre ist es jetzt her, seit Kyrill zugeschlagen hat. Wir haben manche Debatte dazu geführt. Sie haben ja aus den Protokollen zitiert. Es ist mir noch sehr präsent, in welcher Ausführlichkeit wir über diese Dinge gesprochen haben. Wir haben Anträge und Anfragen gestellt. Immer wieder haben wir darauf aufmerksam gemacht, welche fatalen Wirkungen diese Verträge für die mittelständische Sägewirtschaft in Nordrhein-Westfalen hatten.

Kein Mensch – das haben Sie auch der Presse entnehmen können – kann heute nachvollziehen, warum diese Verträge in dieser Form auf den Weg gebracht worden sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bis heute bleibt unsere Kritik hieran bestehen. Sie mündet schlicht und einfach in der Frage, warum die Holzlieferverträge in dieser Größenordnung und über einen Zeitraum von sieben Jahren abgeschlossen wurden.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Im Rückblick wissen wir heute: Kyrill hat bis heute für riesige Schäden gesorgt; das wird sich auch noch auf die Zukunft auswirken. Viele Waldbesitzer sind in Existenznot geraten. Aber wir wissen auch: Nach zweieinhalb Jahren hatte der Markt das Sturmholz aufgenommen. Der Preis für Fichtenrundholz ist deutlich gestiegen; er ist heute so hoch, wie wir es uns überhaupt nicht haben vorstellen können.

Ich möchte ebenfalls aus Plenarprotokollen zitieren, Herr Deppe. Lassen Sie mich zum Beispiel Herrn Minister Uhlenberg, damals der zuständige Minister, aus seiner Rede vom 23. März 2008 zitieren:

„Die heimische Sägewerksindustrie hat uns ein Angebot gemacht, und sie bekommt das Holz. Sie hat in den letzten Tagen vor dem Hintergrund von neuen Verträgen dieses Angebot weiter aufgestockt. Das ist gut so, weil wir in der nächsten Zeit und auch in den nächsten Jahren mehr Holz haben.“

Ich hätte heute gerne einmal die Antwort von Herrn Uhlenberg. Wie viele Vertragsentwürfe hat es denn gegeben?

Die Sägewerker veröffentlichten ein Jahr nach dieser Vertragsgestaltung im Jahr 2008 ein Gutachten; das Gutachten von Professor Dr. Schulte ist ja bekannt. Und das Ergebnis? Der Vertrag wird als existenzbedrohend angesehen, gefährdet die heimische Holzindustrie und hier vor allem unsere kleinen mittelständischen Betriebe. Außerdem bedroht er Arbeitsplätze.

Anhand dieser Aussagen haben auch wir – Rot-Grün – damals in 2008 einen Antrag eingebracht. Der lautete: „Undurchsichtige Holzvermarktung schadet dem Land Nordrhein-Westfalen“. Ich könnte diesen Antrag heute aus der Tasche holen. Der ist heute genauso gültig, wie er es damals schon war.

Ich zitiere Sie noch einmal, Herr Uhlenberg, und zwar aus dem Plenarprotokoll vom 22. Februar 2008. Sie führen aus:

„90 % der Bäume in Nordrhein-Westfalen stehen noch. Mir sagt die Landesforstverwaltung: Natürlich kann es von heute auf morgen mal einen Engpass geben, aber wir sind in der Lage, die Holz mengen zu liefern.“

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Vielleicht können Sie heute dazu beitragen, Herr Uhlenberg, diese Aussagen aus dem Jahr 2008 zu konkretisieren und uns sagen, von welchen Holz mengen Sie damals eigentlich ausgegangen sind.

Der nächste große Fehler unter Schwarz-Gelb geschah dann 2009. Wir in der Politik haben damals nichts davon mitbekommen. Klausner hatte Zahlungsschwierigkeiten, er nahm uns die Holz mengen nicht ab. Und auch hier – Herr Uhlenberg, hören Sie ruhig zu – lautet die Frage: Warum hat es die damalige Landesregierung – Sie in Person – im Jahr 2009 nicht geschafft, diese Verträge mit der Klausner-Gruppe rechtsverbindlich zu kündigen?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Heute kann niemand mehr nachvollziehen, wie diese Verträge zustande gekommen sind. Es ist doch erstaunlich, dass schon damals die Unterschrift vom Landesbetrieb Wald und Holz unter diesem Vertrag fehlte.

Da ist es heute an der Zeit, erneut Fragen zu stellen. Herr Uhlenberg, wer hat die damalige Regierung beraten? Welche Verträge sind wie auf den Weg gebracht worden? Von welchen Zahlen sind Sie ausgegangen? Und wer trägt die Verantwortung für diese Holzlieferverträge?

Anders als Sie es ausführen, Herr Deppe, können wir heute schon ein Fazit ziehen: Es wurde nachlässig gearbeitet oder sogar vorsätzlich gehandelt.

(Widerspruch von der CDU)

Jetzt und heute müssen wir uns den Tatsachen stellen. Dann komme ich zu dem Fakt, warum wir das heute hier machen:

Der österreichische Konzern Klausner macht doch seine Ansprüche mit allen Mitteln gegenüber dem Land NRW geltend. Am Ende des letzten Jahres hat das Oberlandesgericht Münster festgestellt, dass diese Verträge, seinerzeit von Ihnen gemacht, jetzt nicht rechtswirksam gekündigt werden können. Deshalb wurden diese Verträge auch für rechtsgültig erklärt. Also, sie sind weiterhin gültig.

Dann haben wir jetzt eine Schadensersatzklage. Das ist jetzt nur für die Jahre 2009 bis 2012. Die beläuft sich auf 120 Millionen €. Wir haben die Erfüllungsklage und jetzt auch noch die Einstweilige Verfügung vom Landesgericht Münster zur Erfüllung dieser Lieferverträge für dieses und auch für das nächste Jahr. Wir haben ja gehört: Einstweilige Verfügung heißt: Für die nächsten neun Monate bitte nur in diesen Vertrag einliefern. Ich bin gespannt, was am 3. Mai vom Landesgericht Münster dazu zu hören ist.

Hier demonstriert ein Großkonzern seine Macht. Auch wir von der SPD sehen das mit großer Sorge, dass wir diese Verträge, deren Umfang und Art wir heute noch nicht genau wissen, aber in irgendeiner Form auch erfüllen müssen und dass das ein Angriff auf die gesamte Forst- und Holzwirtschaft in diesem Land ist.

Es bedroht unsere mittelständischen Sägewerke, letztendlich bedroht es das gesamte Cluster Wald und Holz. Dieses Cluster ist nach wie vor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für das Land Nordrhein-Westfalen. Es geht um über 3.000 Arbeitsplätze, und es geht um viele Produktionsstandorte hier in Nordrhein-Westfalen.

Aber Sie, meine Damen und Herren der CDU und FDP, müssen jetzt auch die politische Verantwortung dafür übernehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Klausner-Verträge sind nicht zum ersten Mal hier im Landtag Thema. Ich bin erst im Jahr 2010 in den Landtag gekommen und habe mir deshalb in der Vorbereitung die Protokolle, die Anträge von Rot-Grün und diverse Stellungnahmen der Verbände durchgelesen.

Als Erstes möchte ich sagen: Ich bin schlichtweg fassungslos. Fassungslos deshalb, weil ich mir so

eine Form von Dilettantismus, wie er hier geschehen ist, nicht vorstellen konnte.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, niemand von uns stellt in Abrede, dass nach Kyrill gehandelt und auch rasch gehandelt werden musste. Niemand stellt in Abrede, dass es einen enormen Handlungsdruck gab. Herr Deppe, Sie haben das ausführlich dargestellt, aber leider zu dem heutigen Thema nichts gesagt. Thema ist nicht Kyrill,

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Thema sind die Klausner-Verträge. Oder sollten wir nicht ehrlicherwise sagen: Es sind die Uhlenberg-Verträge.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dann sage ich eins: Handlungsdruck ist das eine, Herr Hovenjürgen, aber das entbindet niemanden, der handeln muss, davor, mit Sorgfalt vorzugehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ein Jahrhundertereignis wie Kyrill hat Jahrhundertmengen an Sturmholz aufgeworfen. Sie haben damals ein Riesenproblem gehabt. Das heißt, wenn ich dann über Mengen verhandele, aber auch, dass ich nicht über eine Holzlieferung von 100.000 oder 200.000 € verhandele, sondern über ganz andere Dimensionen. Wenn Sie dann noch den Landesbetrieb über sieben Jahre verpflichten und damit die Menge noch einmal weit ausdehnen, dann haben Sie einen Kaufgegenstand, bei dem Sie sieben Jahre lang Jahr für Jahr über zig Millionen reden.

Jedem muss doch klar sein: Wenn ich in ein solches Vertragswerk einsteige, dann wird auch nur der kleinste Fehler dazu führen, dass es riesige Schäden und auch enorme Schäden für das Land geben kann. Denn der Landesbetrieb ist eben unser Landesbetrieb und nicht irgendein Landesbetrieb.

Eben wurde auch schon angedeutet: Ja, im Nachhinein ist man immer schlauer, im Nachhinein wissen wir alles besser. – Das trifft auch manchmal zu. Dumm ist es nur, wenn man parallel zu dem Handeln warnende Stimmen hat, die einem sagen: „Macht das nicht so! In dem, was ihr tut, liegt ein Risiko! Passt auf!“, und dann darauf nicht reagiert.

Es gab viele Stimmen, die gesagt haben: Bindet euch nicht mit diesen Mengen an ein einzelnes Unternehmen! – Die Firma Klausner kommt aus Tirol. Das ist verdammt weit weg von Nordrhein-Westfalen. Ich denke, das erklärt auch ein bisschen, warum dieses Unternehmen jetzt so handelt, wie es handelt. Für mich sind da große Parallelen zu den Heuschrecken, die am Wohnungsmarkt tätig sind, zu sehen, die ganze Wohnquartiere, Stadtquartiere verwüstet hinterlassen, ohne Rücksicht

auf Verluste. Und genau das macht die Firma Klausner mit unserem Wald.

(Beifall von den GRÜNEN und Kai Schmalenbach [PIRATEN])

Ökologie und Nachhaltigkeit interessieren dieses Unternehmen nicht. Es geht hier ausschließlich um finanzielle Vorteile. Und dazu sage ich noch einmal: Da hätten Sie damals aufpassen müssen. Sie haben nordrhein-westfälische Wälder blindlings für sieben Jahre einem solchen Konzern ausgeliefert.

(Christian Möbius [CDU]: So ein Blödsinn!)

Wenn man schon weiß, dass man es hier nicht mit irgendeinem kleinen Mittelständler zu tun hat, der kleinere Mengen Holz abnimmt, und wenn man weiß, dass es um eine gigantische Holzmenge über sieben Jahre geht, dann begreife ich nicht, wie man dermaßen amateurhaft einen Kaufvertrag zusammenstoppeln kann. Das Spannende ist ja: Sie waren sich ja selbst nicht mehr sicher, welche Qualität dieser Vertrag überhaupt hat. Ist es überhaupt ein Kaufvertrag? Ist es nur ein Rahmenvertrag, der im Nachhinein noch ausgehandelt werden muss? All das war Ihnen selbst nicht wirklich klar.

Mein Eindruck ist – wir haben da ja gerade auch einen fußballerischen Zusammenhang mit Bayern München und Dortmund –, Sie hatten einen Jahrhundertvertrag aus der Champions-League-Kategorie und verhandelt haben Sie ihn auf Kreisklasse-C-Niveau.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Obwohl das, was ich gesehen habe, schon fast eine Beleidigung für die Kreisklasse C ist.

Und weil Sie diesen Vertrag so dilettantisch ausgehandelt haben, gab es auch um die Klausner-Verträge sofort und parallel eine intensive Debatte, wie wir sie in der Form sonst nirgendwo haben. Es gibt eine Debatte der Verbände. Sofort ist Aufregung im ganzen Land. Das liegt daran, dass es solch ein Durcheinander gibt, dass nicht klar ist, über welche Holzmenge wir reden. Es ist nicht von Anfang an klar, für welche Menge eingetreten wird. Sind es die 500.000 Festmeter, die wirklich verbindlich zu liefern sind? Oder sind es doch nur die 200.000 Festmeter und darüber hinaus muss man gucken?

Was aber absolut nicht verständlich ist, ist, dass man, wenn man schon eine Menge festschreibt und dem Landesbetrieb das Haftungsrisiko aufbürdet, nicht wenigstens dafür sorgt, dass es exakt auf das begrenzt wird, was der Landesbetrieb leisten kann, nämlich die knapp 200.000 Festmeter. Und das ist das Problem, vor dem wir jetzt stehen: dass Sie auch an der Stelle ungenau und unsauber gearbeitet haben.

Dann die lange Laufzeit – Frau Watermann-Krass hat es bereits erwähnt –: Es gab sofort Experten, die

gesagt haben: Auf keinen Fall so eine Laufzeit. Sofort wurde empfohlen: Maximal vier Jahre! Mehr darf nicht sein, sonst wird der Landesbetrieb in seiner Handlungsfähigkeit extrem eingeschränkt.

Ich sage: Man kann ja darüber streiten, ob man so eine lange Laufzeit nicht vielleicht doch besser macht. Das kann man alles tun. Aber dann gilt auch hier: Es muss im Vertrag exakt festgelegt werden.

Gilt der Vertrag, den Sie abgeschlossen haben, für sieben Jahre, oder gilt er erst einmal nur für zwei Jahre und dann muss man noch mal verhandeln? Ungenauigkeit von vorne bis hinten in diesem Vertrag, nichts Genaues weiß man nicht.

Die damaligen Oppositionsfraktionen haben immer wieder versucht, überhaupt an die Verträge heranzukommen, um in Erfahrung zu bringen, worum es überhaupt geht. Wenn man die Protokolle durchliest, erkennt man: Das ist in der Tat ein Stochern im Nebel.

Absolut unverständlich ist aus meiner Sicht, dass man – wenn man einen solchen Vertrag gemacht hat und parallel von Experten so viele Warnungen, so viele Empfehlungen erhält, sich doch noch mal zu überlegen, ob das der richtige Weg ist – diese ganzen Warnungen in den Wind schießt und nicht zur Notbremse greift, anhält und noch mal klar nachverhandelt. Sie haben damals sofort Kritik und Anregungen bekommen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Deshalb reicht es nicht, jetzt zu sagen: Im Nachhinein sind wir alle schlauer. – Das ist der entscheidende Vorwurf, den ich Ihnen machen muss. Sie haben parallel die Warnungen bekommen. Wenn Sie die aufgegriffen hätten, dann hätten Sie sofort umsteuern müssen. Das haben Sie nicht getan. Deshalb werfe ich Ihnen auch Fahrlässigkeit vor.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was dem Ganzen aber die absolute Krone aufsetzt, ist das, was dann 2009 passiert ist. 2009 haben Sie durch eine Fügung des Schicksals – so möchte man sagen – die einmalige Chance erhalten, die von mir eben erwähnte Notbremse zu ziehen. Ein Fenster war geöffnet, um aus den Verträgen herauszukommen. Sie hätten kündigen können. Aber da zeigt sich der ganze Dilettantismus noch einmal. Sie waren nicht mal dann in der Lage, die Verträge aufzukündigen. An der Stelle hätten Sie eine Menge Schaden vom Land Nordrhein-Westfalen abwenden können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Seitdem ich hier tätig bin, weiß ich: In allen Ministerien arbeiten viele Juristen. Das ist auch gut so. Ich frage mich aber, wo an der Stelle der damalige Staatssekretär – auch Jurist – war. Wenn es um Verträge, um Vertragsauflösung geht, dann ist es doch die Aufgabe eines Juristen, aktiv zu werden.

Und ein guter Jurist müsste es doch hinkriegen, einen solchen Vertrag ordentlich aufzulösen.

Und wo war an der Stelle der damalige Minister Uhlenberg, der diese Gelegenheit beim Schopfe hätte ergreifen müssen. Es hätte Chefsache sein müssen, die Verträge 2009 aufzulösen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Fazit ist – wir reden hier jetzt ausschließlich über die Klausner-Verträge, wir reden nicht über Kyrill –: Sie haben mit den Verträgen, so wie Sie sie abgeschlossen haben, dem Landesbetrieb Schaden zugefügt, der Holzwirtschaft Schaden zugefügt, den Wäldern vermutlich zukünftig Schaden zugefügt und dem Land Nordrhein-Westfalen Schaden zugefügt – das durch Ihr wiederholtes wirklich amateurhaftes Verhalten.

Eine Menge Fragen sind offen und warten auf Beantwortung durch Sie. Vielleicht kriegen wir gleich von Herrn Hovenjürgen ein paar Antworten. Mich würde es freuen, wenn Herr Uhlenberg sich dazu äußern würde.

Am Ende – das sage ich auch klar und deutlich – wartet die Klausner-Affäre rund um die Uhlenberg-Verträge auch auf die Übernahme von politischer Verantwortung. Herr Uhlenberg, ich meine, hier sind Sie gefragt. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rüße. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Busen.

Karlheinz Busen^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Remmel, Informationen zum aktuellen Klagestand der Firma Klausner sind wichtig. Die Betroffenen benötigen sämtliche Auskünfte, um einschätzen zu können, was auf den Cluster Forst und Holz zukommt. Doch bei der Art und Weise, wie das hier inszeniert wird, muss man fragen, ob es nicht auch eine Nummer kleiner geht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zudem sind wir uns in einem doch völlig einig: Wir wollen eine Existenzgefährdung der heimischen mittelständischen Sägeindustrie vermeiden.

Ja, in den letzten Wochen und Monaten ist viel über Klausner, die Lieferverpflichtungen des Landes und die horrenden Schadensersatzforderungen in den Medien geschrieben und spekuliert worden. Die von Klausner vor wenigen Tagen eingereichte einstweilige Verfügung hat die Diskussionslage noch einmal zugespitzt. Aber das Landgericht Münster wird hierüber erst am 3. Mai entscheiden. Jetzt mutwillig wilde Spekulationen anzufachen, ist genau das, was gegen die Interessen des Landes geht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich warne davor, dem Land und vor allem unserer Holzwirtschaft einen Bärendienst zu erweisen.

(Norbert Meesters [SPD]: Das haben Sie schon erledigt!)

Herr Rüße, bei Ihren Ausführungen war das leider der Fall.

(Beifall von der FDP)

Daher ist es auch unverständlich, warum die Landesregierung mit lässigem Federstrich die geplante Unterrichtung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einfach absetzt und durch die Unterrichtung über den aktuellen Sachstand im Fall Klausner ersetzt. Sinnvoller wäre es gewesen, zunächst die Entscheidung des Landgerichts Münster abzuwarten.

(Beifall von der FDP)

Wenn man der „Neuen Westfälischen“ von gestern Glauben schenken will, könnte man sogar annehmen, die Eskalation seitens Klausner sei von der Landesregierung provoziert.

(Widerspruch von der SPD)

Dort heißt es: Weil das Land trotz richterlicher Entscheide neue Lieferverpflichtungen mit Dritten eingegangen sei und seine Vertragspflichten gegenüber Klausner nicht erfülle, erfordere das leider gerichtliches Einschreiten.

Aber, meine Damen und Herren, so weit möchte ich gar nicht gehen. Fakt ist doch: Es gibt laufende Gerichtsverfahren. Den kompletten Sachverhalt, wie er dort verhandelt wird, kennen wir nicht. Das liegt im Interesse einer guten Prozessführung für das Land. Das bedeutet: Ein umfassendes Urteil darüber, wie viel Holz zu liefern ist und ob die geforderten Millionenbeträge seitens des Landes überhaupt gezahlt werden müssen, können wir uns derzeit überhaupt nicht bilden.

Das möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen. Klausner verlangt Schadensersatz in Höhe von 56 Millionen € für die Schließung des Sägewerkes in Adelebsen. Dabei wurde das Werk bereits 2009 stillgelegt, also zu einem Zeitpunkt, als Klausner nicht bereit war, vom Landesbetrieb angebotenes Holz abzunehmen. Das alles wird vor Gericht und nicht hier umfassend gewürdigt werden müssen.

Eines möchte ich aber trotzdem noch deutlich betonen: Das bisherige Gebaren der Firma Klausner, wie es aus der Presse und aus dem bisherigen Verfahren bekannt ist, kann man jetzt nur als schäbig bezeichnen. Während der Wirtschaftskrise hat man die Vertragstreue selbst nicht so ernst genommen. Nun, wo wieder Oberwasser herrscht, wird gnadenlos auf buchstabengenaue Vertragstreue bestanden.

Aber vielleicht kann uns das ein Vertreter der SPD noch genauer erklären. Ihre Genossin, die Ex-Umweltministerin von Rheinland-Pfalz, Frau Martini, ist ja die Beraterin der Firma Klausner.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der CDU)

Weit wichtiger ist die Frage, wie die laufenden Lieferverpflichtungen für dieses und nächstes Jahr erfüllt werden können.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Herr Mostofizadeh, Sie ungehobelter Klotz! Reden Sie nicht dauernd dazwischen! Stellen Sie einfach eine Zwischenfrage!

Natürlich müssen Staats-, Kommunal- und Privatwaldbesitzer gemeinsam ihren Anteil leisten; denn Verträge müssen nun mal eingehalten werden. Es war von Anfang an allen Beteiligten klar, dass die Bewältigung der Kyrill-Schäden keine leichte Aufgabe sein würde. Ich brauche die Situation von 2007 nicht noch mal vorzulesen. Ich sage nur: Aufgrund der damaligen Markterwartungen hatten sich die Sägewerke mit Lieferverträgen gut eingedeckt. Die Sägeindustrie war im Jahr 2007 durchschnittlich für etwa sechs Monate bevorratet. Kurzfristig konnten keine bedeutenden Kyrill-Holzmengen verkauft werden. Schon im Jahr 2006 waren die Kapazitäten bis an die Grenzen ausgelastet. Nur durch die Einrichtung von Sonderschichten und Samstagarbeit konnte die Verarbeitungskapazität nach Kyrill noch gesteigert werden.

Das Holz musste aber vermarktet werden, meine Damen und Herren. Es ging schließlich um die Existenz von 30.000 Waldbauern. Was wäre die Folge gewesen, wenn das Holz nicht vermarktet worden wäre? Es wäre dem Borkenkäfer zum Opfer gefallen – ein Wertverlust in Millionenhöhe.

Was war zu tun? Die große Unsicherheit über die weitere Preisentwicklung bei Waldbesitzern, Forstunternehmern und Sägewerkern bremste die Geschwindigkeit bei der Bewältigung der Schäden. Daher wurden notwendigerweise Verkaufsverhandlungen mit allen infrage kommenden wichtigen Kunden der Landesforstverwaltung geführt, den sogenannten A-Kunden. Dazu zählten neben der Firma Klausner unter anderem auch eine Einkaufsgemeinschaft von Sauerländer Sägereien, Sägewerke aus anderen Landesteilen sowie Unternehmen aus der Energiewirtschaft. Verhandlungsziel war damals, eine tragfähige Preislinie zu finden. Nur so konnte man dem drohenden Preisverfall begegnen.

Mit sechs Unternehmen der Säge- und Holzwirtschaft konnte letztendlich ein solcher A-Kunden-Vertrag abgeschlossen werden. Eine wesentliche Bedingung war aber, dass seitens der Verkäufer eine Belieferung auch nach Abschluss der Sturmholzlieferungen zugesichert wurde. Anders hätte es diese Verträge nicht gegeben; denn das Windwurfholz konnte am Spotmarkt zu deutlich günstigeren Kon-

ditionen als zu den vereinbarten Rahmenvertragsbedingungen der A-Kunden erworben werden.

Frau Watermann-Krass, Sie fragten vorhin, warum solche Verträge gemacht wurden. Nur durch diese Verträge konnten eine Marktstabilisierung und eine zügige Aufarbeitung erreicht werden. Der Abschluss war damals notwendig.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Alles war super! – Zuruf von Annette Watermann-Krass [SPD])

Schaut man sich die damaligen Prognoseberechnungen auf Basis der Bundeswaldinventur über die Entwicklung des Fichteneinschlags an, so muss man sagen, dass das auch aus forstökonomischer und forstökologischer Sicht vertretbar war. Das, meine Damen und Herren, ist doch der entscheidende Punkt. Diese Kröte musste geschluckt werden, um Existenzen zu sichern. – Danke.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Busen. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Im Jahr 2007 wurde ein Vertrag zwischen dem Land NRW und einem Holzverarbeitungsbetrieb geschlossen, der das Zeug hat, in die Geschichte einzugehen – ein Vertrag, der unter dubiosen und intransparenten Umständen entstanden ist und dessen Ausgestaltung von einer fachlichen Inkompetenz zeugt, die ihresgleichen sucht.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Ein Vertrag, den dieses Land teuer bezahlen wird: Entschädigungsforderungen in Höhe von 120 Millionen € stehen im Raum.

Ich möchte gleich zu Beginn sehr deutlich sagen: Wie dieser Vertrag zustande gekommen ist, das kann ich mir nur als entweder kriminell oder als kriminell dämlich erklären.

(Zuruf von der CDU: Vorsicht!)

Zu Beginn des Jahres 2007 hatte der Orkan „Kyrill“ unvorstellbare Schäden im Baumbestand von NRW verursacht. Hunderttausende umgeknickter Bäume lagen herum und wollten einer Bestimmung zugeführt werden. Also schloss ein geschickter Umweltminister von der CDU einen Vertrag mit einem österreichischen Holzverarbeitungsbetrieb, um dieses Kyrill-Holz zu verkaufen. – So lautet die Geschichte, die uns die CDU hier verkaufen möchte.

Leider ist das nicht einmal die halbe Wahrheit. Zwar schloss der damalige Umweltminister Uhlenberg

von der CDU nach Kyrill tatsächlich einen Vertrag mit dem Unternehmer Klausner. Doch dieser hatte mit dem Orkan nur am Anfang etwas zu tun. Denn der Vertrag sieht vor, dass das Land bis 2014 jährlich 500.000 Festmeter Frischholz an das Unternehmen liefern muss. Die Betonung liegt auf „frisch“. In dem Vertrag geht es eben nicht um die Kyrill-Bestände. Der Wert dieses Deals: eine halbe Milliarde Euro!

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

500.000 Festmeter, das ist ein halbes Empire State Building angefüllt mit massivem Holz, jedes Jahr. So viel Holz hat das Land der Firma Klausner per Vertrag zugesichert, pro Jahr.

Das Problem ist nur: So viel Holz kann das Land NRW aus dem Staatswald gar nicht liefern – wenn es richtig gut läuft, gerade mal weniger als die Hälfte. Und das ist nicht erst seit heute bekannt, sondern das war es auch schon zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses.

Es wird jedoch noch seltsamer. Die behördliche Zuständigkeit für das Holzgeschäft war erst kurz vor Vertragsschluss von dem Landesbetrieb Wald und Holz NRW auf die Landesforstverwaltung im Ministerium für Landwirtschaft übertragen worden. Wer glaubt, dass ein Vertrag mit Lieferungszusagen vom Land im Wert von einer halben Milliarde Euro in einem Rechtsstaat wie Deutschland selbstverständlich in einem transparenten Vergabeverfahren ausgeschrieben wird, wird hier eines Besseren belehrt.

(Beifall von den PIRATEN)

Stattdessen – so konstatiert ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas Schulte aus dem Jahre 2008 – hat der Leiter der Landesforstverwaltung im Ministerium für Landwirtschaft den Vertrag freihändig vergeben, also ohne erkennbaren Wettbewerb und ohne transparentes Vergabeverfahren. Nach allem, was wir heute wissen, hat noch nicht einmal der damalige Landwirtschaftsminister Uhlenberg diesen Vertrag unterzeichnet.

Es ist mir unbegreiflich, wie der damalige Leiter der Landesforstverwaltung unter noch nicht geklärten Umständen diese schriftlichen Zusagen mit von ihm ausgewählten Firmen machen konnte. Wurde dieser Vertrag mit explizitem Wissen des damaligen Ministers Uhlenberg geschlossen? Warum hat er dann nicht selbst unterschrieben? Wir Piraten fordern hier politische Aufklärung.

(Beifall von den PIRATEN)

Staatliches Handeln bedarf immer der Kontrolle der Öffentlichkeit und des Parlaments. Das sieht man hier mal wieder ganz besonders deutlich. Es ist ein Skandal, dass ein Beamter des Ministeriums einen Vertrag im Gegenwert von 500 Millionen € unterzeichnen kann, ohne dass es zu einem transparenten Vergabeverfahren kommt.

Darum ist die Forderung nach Transparenz nicht nur eine politische Mode, wie das Herr Schemmer gestern formulierte, sondern unabdingbar für das Funktionieren der Demokratie und im Kampf gegen Inkompetenz und Korruption.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Geschichte dieses unsäglichen Vertrages ist jedoch noch nicht zu Ende. Der erste Fehler der damaligen schwarz-gelben Landesregierung war es, den Vertrag abzuschließen. Denn der war nicht nur unerfüllbar, sondern garantierte noch dazu einem einzelnen Unternehmen ohne Sitz in NRW das Monopol auf hiesiges Staatsholz. Ansässige Unternehmen gingen leer aus.

Dann machte die Landesregierung einen weiteren kapitalen Fehler. Im Jahr 2009 nahm die Firma Klausner kein Holz des Landes mehr an, weil der Holzpreis zwischenzeitlich so stark gefallen war, dass sich nicht einmal mehr das Sägen gelohnt hätte. Das wäre vielleicht eine Möglichkeit gewesen, aus dem Vertrag auszusteigen. Und was tat die Landesregierung? Sie „kündigte“ den Vertrag, aber – jetzt halten Sie sich fest – das tat sie, so berichtet man, nur mündlich. Jeder, der einen Telefonanschluss kündigen will, weiß, dass er besser ein Einschreiben schickt. Die Landesregierung wusste das offenbar nicht.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Die Firma Klausner will nichts von einer Kündigung wissen. Das OLG Hamm hat ihr recht gegeben. Das Land ist weiterhin an die Verträge gebunden.

Das Verhalten der Landesregierung, eine mündliche Kündigung nicht schriftlich zu dokumentieren, ist dermaßen amateurhaft, dass es einem die Sprache verschlägt!

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Diese doppelte Unfähigkeit – erst der katastrophale Vertragsinhalt, dann die vergeigte Kündigung – wirkt so unwahrscheinlich, dass ich mich frage, ob am Ende nicht vielleicht doch Absicht hinter der ganzen Sache steckte. Ich selbst kann mir das nur mit drei Begründungen erklären: erstens himmelschreiende unfassbare Inkompetenz oder zweitens Korruption oder drittens beides zusammen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ein erster Schritt der Aufklärung würde darin bestehen, die Verträge mit der Klausner GmbH endlich offenzulegen. Bisher weigert sich der jetzige Umweltminister Rimmel jedoch. Erstaunlich! Dabei hat er selbst im Jahr 2008, als er noch in der Opposition saß, die Offenlegung dieser Verträge gefordert. Herr Rimmel, was ist da los? Warum sorgen Sie nicht für die Klarheit, die Sie selbst vor einigen Jahren noch gefordert haben?

Eines wissen wir jetzt schon: Diese ganze Causa Klausner stinkt gewaltig. Sie stinkt zum Himmel.

Und sie ist noch lange nicht vorüber; denn die eigentlichen Kosten kommen jetzt erst auf das Land zu. Die Firma Klausner fordert Schadenersatz und beharrt auf Erfüllung ihrer Verträge. Das ist ihr gutes Recht. Aber das Land wird dies einen dreistelligen Millionenbetrag kosten.

Wichtig ist, dass jetzt Konsequenzen folgen. Wir brauchen hier maximale Transparenz!

(Beifall von den PIRATEN)

Zugleich müssen sämtliche rechtlichen Möglichkeiten zur Kündigung oder zur Abwicklung des Vertrages ausgelotet werden.

Und wir müssen Regeln finden, die verhindern, dass sich solche Vorfälle wiederholen. Dazu müssen sie mit Sanktionen bedroht sein.

(Beifall von den PIRATEN)

Vor allem aber muss für diesen Vertrag mit der Firma Klausner von politischer Seite Verantwortung übernommen werden, und zwar zuallererst von der CDU und ihrem ehemaligen Umweltminister Uhlenberg. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schwerd. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Rimmel zu Wort gemeldet.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zur Debatte.

Zunächst zum kritischen Hinterfragen von Herrn Deppe und Herrn Busen hinsichtlich der Unterrichtung heute Morgen! Ich will Ihnen zurufen: Das ist genau der Unterschied dieser Landesregierung zu einer Landesregierung, die von Ihnen getragen worden ist. Wir nehmen das Parlament ernst, und wir respektieren die Parlamentsrechte!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Hätten Sie das mal damals gemacht, das Parlament rechtzeitig unterrichtet, dann hätten wir vielleicht Schaden abwenden können von diesem Land!

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Das ist der Hintergrund unserer heutigen Unterrichtung!

Das höchste Gut des Parlamentes ist das Budgetrecht, das Bestimmen darüber, was mit dem Vermögen des Landes passiert. Hier ist es zu einem Handeln über das Vermögen des Landes gekommen, über das das Parlament zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht unterrichtet war.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das muss an dieser Stelle auch thematisiert werden, wenn wir vor einem neuen Vermögensverlust stehen!

Was die Frage nach der Offenlegung der Verträge angeht, so haben wir aus den Unterlagen nachvollzogen, dass das Parlament seinerzeit in einer Verschlussache unterrichtet worden ist. Wir gehen dem noch nach und werden Sie auf diesen Vorgang hinweisen.

In dem aktuellen Fall prüfen wir auch, ob und in welcher Weise wir in dieser rechtlich schwierigen Situation dem Informationsbegehren von außerhalb nachkommen. Wir haben selbstverständlich kein Problem damit, über das, was rechtlich möglich ist, sofort offen zu informieren.

Zum Zweiten. Ich hoffe, ich habe deutlich gemacht, Herr Deppe: Es geht nicht mehr darum, Schaden vom Land abzuwehren. Der Schaden ist bereits entstanden.

(Beifall von der SPD)

Es geht darum, weiteren Schaden zu verhindern. Alles andere wäre eine Illusion.

Es geht drittens darum – auch deshalb diese Unterrichtung –, in einer rechtlich schwierigen Situation politische Rückendeckung dafür zu bekommen, den eigentlichen Zweck, warum wir einen Landesbetrieb Wald und Holz haben, warum wir einen Staatswald weiterführen, vor allem gegenüber der heimischen Sägewirtschaft zu begründen. Denn wenn wir per Einstweiliger Verfügung zur Vertragseinhaltung gezwungen würden, müssten wir langjährige Lieferbeziehungen, langjährige Verflechtungen mit der heimischen Wirtschaft kappen. Das ist die große Sorge. Da erwarte ich politische Unterstützung: um einerseits die rechtlichen Verpflichtungen, die uns das Landgericht aufgegeben hat, für 2013/2014 zu erfüllen und um andererseits gleichzeitig gewachsene Verpflichtungen und heimische Arbeitsplätze zu schützen. Das ist ein Spagat, der der politischen und rechtlichen Unterstützung bedarf. Deshalb diese Unterrichtung heute Morgen.

(Beifall von der SPD)

Ein weiterer Punkt, Herr Deppe, den Sie bis heute nicht haben erklären können – das ist in der heutigen Debatte noch mal klar geworden –: Bei aller Dramatik der damaligen Situation wissen alle Expertinnen und Experten, die etwas von Holz verstehen, dass Holz eine verderbliche Ware ist. Man kann nach einem solchen Ereignis allenfalls erreichen, dieses Holz noch drei bis vier Jahre zu vermarkten.

Warum dann ein Vertragsabschluss über sieben Jahre erfolgt ist, haben Sie bis heute nicht erklären können. Das kann doch nur damit zusammenhängen, dass man den Bestrebungen des Vertragsnehmers, zu einer Marktvereinigung zu kommen, zumindest indirekt zum Erfolg verhelfen wollte. Anders kann ich mir nicht erklären, warum man über

sieben Jahre Vermögen des Landes an einen einzigen abgibt.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Sie sind heute nicht bereit gewesen, das zu erklären.

Einen letzten Punkt will ich noch nennen. Sie haben die seinerzeit in der Tat dramatische Situation ja in epischer Breite geschildert. Aber die Dramatik einer Krisensituation darf doch nicht dazu führen, dass Verantwortliche – es gibt nicht nur einen Verantwortlichen, sondern mehrere Verantwortliche – getrieben von Panik und Kopflosigkeit handeln. Das Gegenteil muss doch der Fall sein, muss man doch erwarten können: dass eine solch krisenhafte Situation mit ökonomischer Vernunft und in einer rechtlichen Abschätzung von besonderer Güte bewältigt wird.

Zumindest hätte man normales Verwaltungshandeln erwarten können. Normales Verwaltungshandeln beinhaltet, dass ich, bevor ich einen solchen Vertrag in diesem Umfang abschließe und ein solches Vermögen Dritten vertraglich überlasse, eine ausführliche rechtliche Prüfung des Vertrags vornehme und die Gremien des Landtags mit dem Vertrag befasse. Beides ist nicht passiert.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Es ist richtig und notwendig, die Versäumnisse, die in der Vergangenheit zutage getreten sind, nicht zu wiederholen. Deshalb ist es die Absicht dieser Landesregierung, das Parlament zu jedem Zeitpunkt auch über Rechtsverfahren vollständig und umfassend zu unterrichten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Kollege Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Minister Remmel, ich hatte zu Beginn meiner Rede eigentlich vor, Sie für Ihre Unterrichtung und für die Sachlichkeit, mit der Sie sie vorgebracht haben, zu loben. Bei Ihrer zweiten Möglichkeit, hier im Landtag zu sprechen, ist nun doch leider wieder der Oppositionspolitiker ein Stückchen durchgekommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn Sie beim Thema „Transparenz“ vom Unterschied zur damaligen Landesregierung sprechen, sage ich nur: Gestern haben wir eine Opel-Debatte erlebt, heute haben wir eine ganz andere Nachrichtentlage. Transparentes haben wir von der Landes-

regierung gestern also nicht gehört – um das noch mal deutlich sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es ging um 16 Millionen Festmeter Holz. Der normale Holzeinschlag in NRW lag vor diesem Ereignis bei 5 Millionen Festmetern pro Jahr. Die Summe an Lieferungen, die man dort festgelegt hat, betrug 500.000 Festmeter. Mit dem Wissen von heute – darüber sind wir alle uns in diesem Hause einig – würden wir diese Verträge nicht noch einmal abschließen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Herr Busen nicht, der wäre dafür!)

– Mit dem Wissen von heute! Aber Sie wissen es ja immer besser, Herr Kollege Mostofizadeh.

(Beifall von der CDU)

Im Hause gibt es Sachberatungen des Ministers. Auf diese Sachberatungen, Herr Minister Rimmel, hat sich auch Ihr Vorgänger verlassen.

Dr. Eisele, der im Ministerium für diesen Bereich zuständig war, hat über die Parteigrenzen hinaus hohe Achtung genossen. Seine Fachkompetenz gerade bei der Bewältigung von Kyrill ist bei seiner Verabschiedung auch von Ihnen ausdrücklich erwähnt worden.

Dr. Eisele und andere haben den Minister dahingehend beraten, so zu handeln, wie er gehandelt hat.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Frau Ministerpräsidentin, ich weiß mittlerweile, dass Sie bei jeder Gelegenheit dazwischenrufen. Machen Sie das gerne so weiter.

(Beifall von der CDU – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sie auch!)

– Natürlich, aber ich sitze auch nicht auf der Regierungsbank.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das ist der Unterschied!)

Sie sind in diesem Fall Gast des Parlaments. Wenn Sie mitdiskutieren wollen, können Sie sich da unten hinsetzen.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Wie gesagt: Dr. Eisele hat die Landesregierung beraten und diesen Weg als unausweichlich dargestellt. Der Minister hat sich – genauso wie sich eine Schulministerin auf ihre Verwaltung verlässt – auf seine Verwaltung verlassen. Er konnte auch nur mit dieser Sachkenntnis seiner Verwaltung agieren.

(Zuruf von der SPD: Aber die politische Verantwortung trägt er doch!)

Selbst Sie, lieber Herr Minister Rimmel, haben in der kurzen Zeit, in der Sie Minister sind, erkannt, wie schwierig es manchmal ist, ad hoc Entscheidungen treffen zu müssen. Auch Sie haben schon in Demut festgestellt, dass Sie diese Dinge, aufbauend auf der Arbeit Ihres Vorgängers, so weiterbetreiben. Auch an der Stelle ist ein bisschen mehr Demut – auch bei denen, die heute das große Wort führen – angebracht.

Ich darf dem Kollegen der Piraten sagen: Sie bringen das Wort „Korruption“ in den Landtag und äußern, dass Sie diesen Verdacht haben. – Wenn Sie über Hinweise verfügen, dann belegen Sie diesen Verdacht bitte damit. Aber dieser Vorwurf ist so schwerwiegend, dass ich ihn zunächst für den Mann, den ich kenne, für Eckhard Uhlenberg, auf das Entschiedenste zurückweisen kann.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es bleibt wahr, dass ältere Menschen große Lebenserfahrung besitzen. Ich darf in diesem Fall meine Großmutter zitieren, die immer sagte: Wenn man aus der Kirche kommt, weiß man, was gepredigt wurde. Das stimmt auch in diesem Fall: In der Nachbetrachtung weiß ich, was man hätte anders machen können. Es war richtig, die Verträge zu kündigen.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Die sind aber noch nicht gekündigt!)

Es war – wie man es bei Altkanzler Gerhard Schröder im Sprachschatz finden kann – „suboptimal“, wie das gelaufen ist. Sie, Herr Minister Rimmel, können sich darauf verlassen, dass Sie unsere Unterstützung dabei haben, in dieser rechtlichen Auseinandersetzung möglichst erfolgreich zu sein. Wir werden Sie dabei unterstützen. Aber man muss fair bleiben und immer wieder anerkennen, unter welchen Bedingungen die Entscheidungen getroffen worden sind.

Ich bitte, noch etwas anzuerkennen: Sie selbst waren damals Protagonist im Ausschuss und haben in jeder Ausschusssitzung über dieses Thema gesprochen. Jetzt zu behaupten, das Parlament und die Gremien seien nicht informiert worden, ist definitiv nicht korrekt, denn es ist in jeder Ausschusssitzung darüber diskutiert worden.

(Beifall von der CDU)

Deswegen noch einmal: Regierungshandeln ist nicht immer einfach. Das gestehe ich Ihnen zu, Frau Ministerpräsidentin. Auch für den Bereich „Opel“ gestehe ich das gerne zu.

Aber es geht nicht an, an der einen Stelle so, an der anderen so zu reden: Gestern war Frau Löhmann natürlich nicht verantwortlich für die Abi-Panne, weil diese im Hause und von Dritten zu verantworten sei. Dann kann aber auch ein Minister Uhlenberg nur auf das zurückgreifen, was ihm sein Haus beratend vorlegt. Das hat er getan. Er hat nach seinen dama-

ligen Möglichkeiten, die Dinge zu überblicken und zu verantworten, entschieden. Das Holz musste raus; darin waren wir uns alle einig.

Noch einmal: Mit dem Wissen von heute würde man andere Entscheidungen treffen. Aber es gehört zur Fairness dazu, einzuräumen: Nachher ist man immer schlauer!

Deswegen noch einmal: Herr Minister, kehren Sie zur Haltung in Ihrem ersten Redebeitrag zurück. Dann haben Sie uns bei der rechtlichen Auseinandersetzung an Ihrer Seite. Wenn Sie aber nur einen Sündenbock suchen und das Süppchen anrühren wollen, das dazu gehört, Frau Watermann-Krass, werden Sie dem Problem, vor dem wir stehen, nicht gerecht. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Hovenjürgen. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Blask.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf: Lauter!)

– Gut, ich spreche lauter.

Herr Busen, Sie haben gefragt, warum wir heute überhaupt diese Unterrichtung machen. – Ich kann gut verstehen, dass Sie in diesem Zusammenhang nicht über Ihre Verantwortung sprechen wollen. 2007 hat die damalige schwarz-gelbe Landesregierung einen schwerwiegenden Fehler begangen. Dieser Fehler hat uns heute mit negativen Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in vielen Betrieben in der Holzwirtschaft und für diesen Landeshaushalt eingeholt.

Meine Damen und Herren, ich komme aus Südwestfalen. Wenn ich bei mir zu Hause aus dem Fenster schaue, sehe ich kahle Hänge. Als der Orkan Kyrill im Januar 2007 dort alle Bäume niedergeschlagen hatte, war ich noch nicht als Landtagsabgeordnete tätig. Von der Landesregierung und Ihnen, Herr Uhlenberg, hatte ich erwartet, dass das Sturmholz vermarktet wird. Ich konnte mir aber nicht vorstellen, dass für einen Zeitraum von sieben Jahren 500.000 Festmeter Fichtenholz garantiert werden. Als Bürgerin in Südwestfalen dachte ich: Das Sturmholz muss weg, und dann ist die Sache eigentlich erledigt! – Klar musste das gemanagt werden. Ich hatte von Ihnen, Herr Uhlenberg, ein professionelles Management erwartet.

Ich selber bin in den letzten 30 Jahren in einem öffentlichen Bereich tätig gewesen und habe beispielsweise Mietverträge ausgehandelt. Es war mir natürlich wichtig, ob man Mietverträge über zehn Jahre abschließen und für diesen Zeitraum einen

Preisindex akzeptieren kann. Sie haben nicht ordentlich gearbeitet, als Sie diesen marktunüblichen Fixpreis akzeptiert haben. Damals haben die Gutachter ausgerechnet, dass der Vertrag insgesamt 500 Millionen € wert gewesen ist. Das ist eine Summe, die ich nicht nachvollziehen kann.

Für mich als Abgeordnete in diesem Parlament bedeuten dreistellige Millionenbeträge, im Bereich des Krippenausbaus weniger machen zu können, im Bereich der Schulen weniger machen zu können. Das ist nicht zu akzeptieren.

(Beifall von der SPD)

Sehr geehrter Herr Uhlenberg, ich denke, dass Sie an dieser Stelle sehenden Auges gegen den Nachhaltigkeitsgrundsatz in Sachen Wald verstoßen haben. Sie haben Raubbau an den nordrhein-westfälischen Wäldern betrieben. So etwas kann man nicht akzeptieren. Das ist auch für die Holzwirtschaft in Nordrhein-Westfalen schlecht.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Den Rücktritt von 2009 nur telefonisch zu erklären – Herr Schwed hat gerade darauf hingewiesen –, halte ich wirklich für einen Skandal. Sogar an der Stelle nicht ordentlich zu arbeiten, treibt das Ganze dann auf die Spitze. Die Firma Klausner zieht uns nun vor Gericht und pocht auf Einhaltung des Vertrags.

Hier muss die schwarz-gelbe Landesregierung, müssen Sie, meine Damen und Herren von FDP und CDU, Verantwortung übernehmen. Diese Uhlenberg-Verträge müssen von Ihnen verantwortet werden.

Die Situation auf dem Holzmarkt ist sehr angespannt. Die heimischen Holzunternehmen müssen Teile ihrer Lieferungen aus den nordrhein-westfälischen Staatswäldern beziehen.

In diesem Zusammenhang muss man auch an die Arbeitsplätze denken. In Nordrhein-Westfalen gibt es 3.000 Beschäftigte, wie Herr Rimmel eben noch einmal erwähnt hat. Meine Damen und Herren, hier geht es um die Existenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz in den Sägewerken und der Holzindustrie, aber auch in angrenzenden Branchen haben. Dieser gesamte Bereich könnte in eine absolute Schiefelage geraten, und altbewährte Strukturen könnten für immer zerstört werden.

Ich habe noch einmal die Unterlagen und die Protokolle von 2008 gelesen. Für mich stellt sich zum Schluss auch die Frage: Warum ist das Ganze nach dem Kartellrecht und dem EU-Wettbewerbsrecht nicht gekippt worden? Der damalige Gutachter, Prof. Dr. Schulte aus Münster, hatte seinerzeit darauf hingewiesen. Hier ist ein großer Schaden für Südwestfalen und für Nordrhein-Westfalen insgesamt entstanden.

Ich sage es noch einmal, meine Damen und Herren: Sie haben der Holzwirtschaft mit dem Abschluss der Uhlenberg-Verträge einen erheblichen Schaden zugefügt. Die SPD-Fraktion erwartet von Ihnen, meine Damen und Herren, und von Ihnen, Herr Uhlenberg, dass Sie jetzt die politische Verantwortung übernehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Blask. – Für die grüne Fraktion hat sich Herr Rüste noch einmal zu Wort gemeldet.

Norwich Rüste (GRÜNE): Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil Herr Hovenjürgen eben einige Dinge gesagt hat, auf die man antworten muss.

Gut finde ich, dass Sie in Ihrem Beitrag ausgeführt haben, mit dem Wissen von heute müsse man sagen, dass vielleicht Fehler gemacht worden seien und das Ganze suboptimal gelaufen sei. Ich finde es schon einmal gut, dass Sie sich dieser Wertung anschließen – wobei ich das Wort „suboptimal“ in diesem Zusammenhang zu schwach finde. Es ist einfach richtig schlecht gelaufen.

Ich halte es aber für problematisch, zu argumentieren, der Minister sei von den Experten im Ministerium beraten worden. – Das stimmt natürlich. Am Ende entscheidet aber einer. In der damaligen Situation waren auch viele andere Stimmen zu hören. Es hätte gute Gründe gegeben – das habe ich eben schon erwähnt –, den Prozess anzuhalten und noch einmal sorgfältig zu prüfen: Ist der Weg, den wir gehen, wirklich der richtige Weg? – Auch wenn zeitlicher Druck besteht, entbindet einen das nicht von der Einhaltung des Prinzips „Sorgfalt vor Schnelligkeit“.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Der Verweis auf das Wissen von heute reicht auch nicht aus. Das ist eine Flucht; denn im Umkehrschluss heißt das: Damals konnten wir es ja nicht besser wissen. – Da sage ich entschieden: Sie konnten es besser wissen.

Herr Busen, Sie haben ausgeführt, man habe diese Kröte mit der längeren Laufzeit schlucken müssen, um insgesamt zu einem Ergebnis zu kommen. – Ich glaube, wenn man einen Vertrag abschließt, hat man im Prinzip das Ziel, eine Win-win-Situation, also Vorteile für alle Seiten, zu erzeugen. Wir hatten damals das Problem, dass große Mengen Holz verarbeitet werden mussten. Dazu – so glaubte man – muss man denen an anderer Stelle entgegenkommen.

Ich meine aber, dass es überhaupt keine Win-win-Situation gab, weil man gar nicht auf alle Beteiligten Rücksicht genommen hat. Man hat die Waldbauern

im Auge gehabt. Das ist auch gut. Man hat aber nicht ausreichend geschaut: Was muten wir dem Landesbetrieb Wald und Holz NRW zu? Man hat nicht ausreichend geschaut: Was passiert eigentlich mit der heimischen Holzindustrie? Man hat auch nicht geschaut: Was muten wir am Ende vielleicht dem Land zu?

Deshalb stehen wir heute hier vor einem Scherbenhaufen; denn man hat nicht ausgewogen die einzelnen Interessen betrachtet und sie gegeneinander abgewogen, sondern einseitig versucht, den Waldbauern etwas Gutes zu tun.

Wenn ich mir anschau, über welche Schadensersatzsummen wir jetzt diskutieren, sage ich Ihnen am Ende: Es wäre ja fast besser, wenn wir dieses Geld damals direkt an die Waldbauern ausgezahlt hätten. Dann wären wir jetzt weiter als mit dem, was Sie mit Ihren Verträgen angerichtet haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dieser ganze Vorgang rund um die Uhlenberg-Verträge ist dramatisch. Viele im Land verkennen das immer noch. Es handelt sich um einen wirklich dramatischen Vorgang, der am Ende einen enormen Schaden für uns bedeuten kann.

Ich stelle noch einmal fest: Wir diskutieren über Summen, die wir im Landshaushalt einsparen möchten, weil wir schauen müssen, wie wir am Ende die Schuldenbremse einhalten können. Ein solcher Schadensfall konterkariert viele dieser Bemühungen, die wir unternehmen.

Deshalb finde ich, dass am Ende jemand die politische Verantwortung hierfür übernehmen muss. Das sage ich noch einmal ausdrücklich. Niemand darf sich dahinter verstecken, er sei von seiner Ministerialbürokratie so beraten worden. Am Ende entscheidet der Minister und sagt Ja oder Nein. Dann muss er auch Jahre später immer noch die Verantwortung dafür übernehmen. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rüste. – Die FDP-Fraktion wird nun von Herrn Kollegen Höne vertreten.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen.

Erstens. Herr Minister Rimmel, Sie haben in Ihrem ersten Redebeitrag gesagt – da haben Sie auch die volle Unterstützung der FDP-Fraktion –: Wir müssen gemeinsam diesen Angriff auf die nordrhein-westfälische Holzwirtschaft abwehren. Wir müssen Arbeitsplätze gerade im ländlichen Raum erhalten; denn wenn die Firma Klausner alles bekommt, was sie haben will, wäre der Schaden für die gesamte

Branche, die Holzindustrie und die Wertschöpfungskette, enorm.

Zweitens. Ich würde mir wünschen, dass Sie mit demselben Blick auf die regionale Branche schauen würden, wenn wir nicht über die Klausner-Verträge diskutieren, sondern über den Nationalpark.

(Beifall von der FDP)

Nun komme ich zur Unterrichtung selber. Ich muss mich schon fragen, ob der Zeitpunkt hier klug gewählt ist. Frau Blask, insofern muss ich Sie korrigieren: Der Kollege Busen hat nicht gesagt, wir wollten die Informationen nicht haben. Er hat nur die Frage in den Raum gestellt, ob der Zeitpunkt denn klug gewählt sei, wo doch in wenigen Tagen am Landgericht nächste Schritte zu erwarten sind.

(Beifall von der FDP)

Ich kann das ganz klar beantworten: Ja, es wäre klüger gewesen, zu warten.

Wir haben ja auch gesehen, was Sie hier geboten haben. Herr Minister Remmel, bei Ihrem ersten Redebeitrag war ich – von einigen Nebensätzen abgesehen – ganz bei Ihnen. Aber mit dem, was Sie weiter geboten haben, wurde es immer schlimmer. Sie haben hier die Retrospektive geboten und nur auf die Vergangenheit gesehen. Sie haben nicht in einem Satz die Möglichkeit genutzt, in dieser Unterrichtung auch einmal aufzuzeigen, wohin es in den nächsten Tagen konkret gehen soll.

(Beifall von der FDP)

Sie können das nicht, weil Sie den 3. Mai nicht abwarten wollen.

(Zuruf von der SPD)

Bisher ließ Herr Minister Remmel stets verlauten, es gebe gute Gründe gegen die Klagen von Klausner. Noch vor drei Wochen, am 5. April nämlich, hat Minister Remmel den Landtag darüber informiert, er sei zuversichtlich, dass eine Belieferung in den Jahren 2013 und 2014 unter Wahrung der Nachhaltigkeitsbedingungen bei gleichzeitiger Belieferung der kleinen und mittleren Sägewerke möglich ist.

Was hat sich seitdem geändert? – Inzwischen wurde eben der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung eingereicht, über den in wenigen Tagen entschieden wird. Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, benehmen sich seit Bekanntwerden dieses Antrags wie aufgeschreckte Hühner im Stall: planlos, laut und chaotisch. Lassen Sie uns doch die Entscheidung abwarten und danach die Folgen beraten, wobei wir ja hinsichtlich der Abwehr dieser Gefahren viel Einigkeit haben. Wir sprechen jetzt über ungelegte Eier. Eine sachgerechte Diskussion ist darum nicht möglich.

In diesem Zusammenhang muss ich auch sagen: Ihr Hang dazu, laufende, schwebende Verfahren der Justiz populistisch auf die politische Bühne zu he-

ben – damit hat ja die Plenarwoche angefangen –, nimmt mittlerweile skurrile Züge an. Das kann nur damit zu tun haben, dass sich die Fraktion der Grünen schon einmal für den heutigen Bundesparteitag warm machen wollte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Mostofizadeh?

Henning Höne (FDP): Nein. Herr Kollege Mostofizadeh, Sie haben sich eben schon durch unqualifizierte Zwischenrufe bemerkbar gemacht in einem Bereich, in dem Sie sich offensichtlich nicht auskennen. Das müssen wir nicht noch durch Zwischenfragen verschlimmern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Führen wir uns doch einmal vor Augen, über welche Konsequenzen diskutiert wird. Es geht darum, ob Klausner zum Beispiel mit seiner Marktmacht die Konkurrenz der in NRW heimischen Sägewerke ausschalten wird. Wenn es – trotz der guten Gründe, die Herr Minister Remmel hier angeführt hat – wirklich so kommen sollte, dann sind doch zum Beispiel die zuständigen Kartellbehörden wegen eines möglichen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung gefragt.

Sicher, man hätte auf den Klausner-Vertrag komplett verzichten können. Das hätte dann aber wohl 30.000 Existenzen gekostet. Wenn die damalige Landesregierung dies gemacht hätte, würden Sie uns heute doch genau das vorwerfen.

Herr Rüße, es ist eben nicht so, dass es zu einfach ist, zu sagen, hinterher sei man immer schlauer. Im Übrigen ging das in die gleiche Richtung wie das, was Frau Watermann-Krass gesagt hat. Sie sagte, heute könnten wir nachvollziehen, was gewesen ist. Frau Watermann-Krass, Sie sagten eben, man habe sich damals nicht vorstellen können, welche Entwicklung die Preise nehmen würden. Genau das zeigt, was Sie an dieser Stelle tun: Sie messen mit zweierlei Maß. Mit dem Wissen von sechs weiteren Jahren tun Sie so, als hätte man vor sechs Jahren alles schon anders entscheiden können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Watermann-Krass?

Henning Höne (FDP): Ich gestatte immer noch keine Zwischenfrage.

Sie tun gerade so, als ob Sie mit einer rot-grünen Kristallkugel die Zukunft auch damals schon hätten voraussagen können. Wozu solche Blicke in eben diese rot-grüne Kristallkugel führen können, das haben wir in anderen Bereichen schon gesehen. Das

zeigt sehr schön, wie sehr Sie hier mit zweierlei Maß messen.

Der Grüne Fritz Kuhn schrieb einmal in einem Aufsatz, dass – ich zitiere – von dieser Technologie – in die Zukunft blickend – ökologische, technische und soziale Risiken ausgehen. – Gemeint waren der Videotext im Fernsehen und ISDN-Telefone.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tun Sie nicht so, als hätten Sie die Weisheit mit Löffeln gegessen. Tun Sie nicht so, als wüssten Sie immer schon alles, was sich in der Zukunft entwickelt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Klausner ist ein schwieriger Fall – keine Frage. Herr Kollege Rüße, Sie sagten eben, die Firma wäre so eine Art Heuschrecke der Branche. In diesem Sachzusammenhang können wir vielleicht die Heuschrecke durch den Borkenkäfer ersetzen. Ich frage mich aber schon, warum mit den übrigen A-Kunden auf einmal einvernehmliche Lösungen erreicht werden konnten, nur mit Klausner nicht. Deshalb stelle ich Ihnen noch einmal die Frage, die Ihnen der Kollege Busen eben gestellt hat und auf die wir keine Antwort bekommen haben: Liegt das vielleicht an der sozialdemokratischen Beraterin Frau Martini, die ihren Genossinnen und Genossen in Nordrhein-Westfalen das Leben so schwer macht?

Es wäre besser gewesen, sehr verehrte Damen und Herren, wir hätten an dieser Stelle über die Inklusion beraten. Nachdem wir am Mittwoch schon über Inklusion in der Schule gesprochen haben, gab es ja ein enormes Feedback für die Landesregierung. In der „Rheinischen Post“ hieß es „Städte kritisieren rot-grünes Inklusionsgesetz“. Bei den „Westfälischen Nachrichten“ war zu lesen: „Opposition zerpfückt Inklusionsplan“, und im WDR: „Harsche Kritik am rot-grünen Inklusionsgesetz“. Sie sehen also, wir hätten gut daran getan, uns mit diesem Thema auseinanderzusetzen, anstatt wenige Tage vor der nächsten wichtigen Entscheidung in Sachen Holz eine Diskussion im luftleeren Raum zu veranstalten. Mit diesem Gepolter zu ungelegten Eiern ist niemandem geholfen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Höne, Sie haben noch eine Kurzintervention abzuarbeiten. Herr Mostofizadeh hat sich gemeldet, um 90 Sekunden zu intervenieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie werden dann Gelegenheit haben, innerhalb von 90 Sekunden darauf einzugehen. – Bitte schön, Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Höne nennt uns aufgescheuchte Hühner und sagt, wir

würden in Glaskugeln gucken und dass der Kollege Mostofizadeh nach seinen Worten nur unqualifizierte Zwischenrufe macht und sich deswegen für Zwischenfragen nicht qualifiziert.

Herr Kollege Höne, bescheiden, wie Sie auftreten, vielleicht könnten Sie folgende Frage schlichtweg beantworten: Herr Busen hat vorhin vorgetragen, dass es auch nach Ablauf von nunmehr sieben Jahren aus seiner Sicht richtig war, diese Verträge abzuschließen. Sind auch Sie dieser Auffassung – entgegen dessen, was der Kollege Hovenjürgen hier meines Erachtens zutreffend vorgetragen hat, nämlich dass es falsch war, diese Verträge so abzuschließen und dass man auch schlauer werden und dazulernen kann? Oder sind Sie der Auffassung, dass wir aufgescheuchte Hühner sind und solche Fragen nicht beantwortet bekommen dürfen? Vielleicht beziehen Sie einmal Stellung und machen nicht nur Pöbelei in Richtung anderer Leute.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Henning Höne (FDP): Herr Kollege Mostofizadeh, ich finde es spannend, wenn Vertreterinnen und Vertreter der Koalitionsfraktionen davon sprechen, dazulernen zu können. Ich denke an die letzten drei verfassungswidrigen Haushalte. Soviel zum Thema „Wir lernen dazu, und die anderen tun es nicht“.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Kollege Busen hat eben gesagt: Ohne das Wissen, was wir heute haben, und mit dem Druck, der damals herrschte, musste irgendeine Kröte geschluckt werden. Er hat in keiner Weise gesagt: Wir würden es heute noch einmal genauso machen. Da schließe ich mich dem an, was der Kollege Hovenjürgen eben ausgeführt hat: Das war ein Fehler, man hätte das besser machen können. – Das aber wissen wir jetzt, damals wussten wir das nicht. Ebenso würden Sie wahrscheinlich behaupten, Sie hätten nicht gewusst, dass die verfassungswidrigen Haushalte – trotz der vielen Experten, die Sie eben auch immer angeführt haben – vor dem Gerichtshof in Münster keinen Bestand haben würden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Höne. – Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Kollege Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und auch außerhalb des Landtages! Ich möchte ein paar andere Aspekte, die hier noch nicht erwähnt wurden, in die Diskussion bringen.

Wir alle wissen nicht erst seit dem letzten Waldzustandsberichts des Umweltministeriums aus dem

Jahr 2012, dass die Situation in nordrhein-westfälischen Wäldern trotz zaghafter Ansätze zu Verbesserungen nach wie vor dramatisch ist.

(Zurufe: Mikro lauter!)

Konsequentes Handeln ist nach wie vor dringend notwendig. Nur ein Drittel der einheimischen Wälder weist keine Schäden auf. Die Ursachen sind seit Jahren bekannt: vor allem Schadstoffeinträge aus Industrie und Verkehr sowie die Intensivlandwirtschaft.

(Zurufe: Lauter!)

– Ich bekomme die Rückmeldung, dass ich irgendwie zu leise bin.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Rohwedder, es könnte auch daran liegen, dass es im Saal zu laut ist.

(Beifall von den PIRATEN)

– Insofern versuchen Sie es noch einmal. Gehen Sie womöglich ein bisschen näher an das Mikrofon heran, oder heben Sie einfach die Stimme. Dann wird das schon gehen. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Gut. – Die Ursachen für den schlechten Zustand des Waldes sind seit Jahren bekannt: Es sind vor allem Schadstoffeinträge. Gelegentlich kommt aber auch einmal ein kleiner Sturm, der die Monokulturen umlegt.

Hier nun – mit Erlaubnis des Präsidiums – ein Zitat aus dem „Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen“:

„Der Wald ist unser Naturerbe, unsere grüne Lunge, er ist der wichtigste Kohlendioxidspeicher nach den Weltmeeren. Die Verwendung von nachhaltig produziertem Holz ersetzt Stahl, Beton, Aluminium und Co und erspart uns so noch einmal erhebliche Klimabelastungen.“

Die Landesregierung ist entsprechend gefordert, auch die Entwicklung standortgerechter, naturnaher und damit an den Klimawandel angepasster Wälder zu fördern und zu unterstützen. Die prägenden Rahmenbedingungen für die Waldwirtschaft in Nordrhein-Westfalen sind die hohe Bevölkerungsdichte, die große Zahl privater und kommunaler Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer neben dem Land selbst und die Holzwirtschaft mit bedeutenden Arbeitsplatzangeboten und zunehmendem ökonomischem Gewicht.

Dazu gehört dann eben auch die nachhaltige Sicherung und Entwicklung der Waldfunktion und der Holzwirtschaft für die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen. Die zukunftsfähige Waldwirtschaftsstrategie muss daher für uns Piraten die drei Säulen der Nachhaltigkeit – die Ökologie, die Ökonomie und

auch die sozialen Belange wie Erholen und Lernen im Wald – in Einklang bringen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hovenjürgen?

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Sehr geehrter Herr Rohwedder, herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Vielleicht habe ich es auch falsch verstanden. Haben Sie, was „Kyrill“ angeht, von einem „kleinen Sturm“ gesprochen?

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Ich weiß jetzt gar nicht mehr, ob ich „klein“ gesagt habe. Es war eine spontane Aussage. „Kyrill“ war, um das klarzustellen, ein Orkan, wie er selten auftritt. 200 Stundenkilometer Windgeschwindigkeit sind schon sehr ungewöhnlich. Das war ein singuläres Ereignis.

Wir sehen zum Beispiel durch die Vergabe des Zertifikates des „Forest Stewardship Council“ für vorbildliche und nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes einen guten Anfang für einen Erhalt der biologischen Vielfalt auch im Ökosystem Wald sowie einen guten Start hin zu einer verantwortungsvollen Nutzung des Waldes. Das wollen wir gerne für alle Wälder in Nordrhein-Westfalen erreichen. Zumindest die Staatsforsten sind vor Kurzem mit diesem FSC-Zertifikat ausgezeichnet worden. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Wir wissen auch, dass der Landesbetrieb Wald und Holz seinerzeit im Jahr 2007 diesen famosen Klausner-Vertrag nicht unterschrieben hat. Der wurde vom Leiter der Landesforstverwaltung des Ministeriums für Landwirtschaft unterschrieben, also der Nummer drei im Ministerium nach dem Minister und dem Staatssekretär. Die Klausner AG hat jetzt gerichtlich feststellen lassen, dass ihr Vertrag mit dem Land rechtens ist und erfüllt werden muss, dass also in den nächsten neun Monaten das gesamte Fichtenholz des Staatswaldes Nordrhein-Westfalen an die Klausner AG geliefert werden muss.

Durch die dadurch nötigen drastischen Einschlagsmengen zum Beispiel in Ostwestfalen – aber wohl nicht nur dort – wird in den Wäldern ein regelrechter Kahlschlag stattfinden. Das Prinzip einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes können wir dann komplett vergessen. Diese Brutalität würde die Biodiversität bedrohen, auch wenn die Fichtenmonokulturen, um die es hier geht – die „Dachlatten-Plantagen“ –, nicht die Krönung der Artenvielfalt sind. Völlig wertlos sind sie denn aber auch nicht.

Diese Plünderung des Staatswaldes wäre also Option eins, um aus dieser Bredouille herauszukommen.

Die zweite Option wäre, das an Klausner zu liefern- de Holz im Ausland oder in anderen Bundesländern zu kaufen, um unsere Staatswälder und die heimische Holzwirtschaft zu schonen. Das würde dann allerdings auch in den anderen Ländern bzw. in den Nachbarbundesländern den Druck auf die Wälder insgesamt erhöhen und ist deshalb auch keine verantwortbare Lösung. Das würde den Kahlschlag nur exportieren: Aus den Augen, aus dem Sinn. Dies wäre keine Nachhaltigkeitssäule.

(Beifall von den PIRATEN)

Es ist keine wirklich beneidenswerte Situation, in die die damalige Regierung aus CDU und FDP das Land hineinmanövriert hat.

Da ist es dann schon bemerkenswert, wenn regionale Akteure von CDU und FDP in Ostwestfalen-Lippe den Untergang der heimischen Holzwirtschaft an die Wand malen, weil 3 % der regionalen Waldfläche für den längst überfälligen Nationalpark im Teutoburger Wald stillgelegt werden sollen.

(Beifall von den PIRATEN)

Jetzt haben Ihre eigenen Leute möglicherweise den Ruin zahlreicher regionaler Betriebe, aber auch den des Landesbetriebes Wald und Holz sowie die Ausplünderung des Staatswaldes zu verantworten. Daran kann man auch erkennen, für wen CDU und FDP arbeiten – nicht für den Mittelstand. Sie betreiben und betreiben die Politik für die Großen und deren Interessen. Klausner ist ein multinationaler Holzkonzern mit ganz schlechtem Ruf überall. Die heimischen Betriebe müssen dann schon einmal dran glauben, über die Planke gehen – entgegen allen Beteuerungen und Sonntagsreden.

Für uns ist klar, Herr Minister Remmel – das ist Ihnen ja auch klar –: Der Griff zur Säge ist in diesem Ausmaß nicht zu verantworten. Die bisherigen Einschlagsmengen in den Wäldern Nordrhein-Westfalens sind schon bis an die Grenze des Verantwortbaren ausgereizt. Den Umweltverbänden zufolge ist das auch aus ökologischer Sicht nicht mehr verantwortbar. Das geht auch aus dem bereits zitierten Gutachten von Prof. Andreas Schulte von der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster aus dem Jahre 2008 ganz klar hervor. Eine Umwandlung der Fichtenmonokulturen in wirtschaftlich wie ökologisch wertvollere Wälder kann und darf nicht auf einen Schlag erfolgen.

Wir Piraten sind uns da auch mit den Umweltverbänden einig: Die Einschlagquote im Staatswald darf nicht weiter erhöht werden. Das, was nicht geliefert werden kann, muss dann eben mit Geld ausgeglichen werden. Das ist die dritte Option, die wir haben, um aus dieser Bredouille herauszukommen.

Der Landeshaushalt, der Steuerzahler, muss wieder einmal für die nicht zu entschuldigenden Fehler der schwarz-gelben Landesregierung bluten. Wir werden einen Nachtragshaushalt brauchen. Ist Ihnen das klar, Herr Uhlenberg, was Sie da angerichtet haben? Es muss geklärt werden, wie es dazu kommen konnte. War es nur Inkompetenz und Untauglichkeit bei den politisch Verantwortlichen? Wurde auf die Verhandlungsführer des Landes politischer Druck ausgeübt? Warum wurde zweimal versagt: zum einen bei Verhandlung und Unterzeichnung und zum anderen, als man hätte ordentlich kündigen können und das angeblich nur mündlich tat? Leichtfertigkeit, Inkompetenz, Nachlässigkeit, Dilettantismus, Fahrlässigkeit oder eben doch Vorsatz? Und wenn Vorsatz, dann auf welcher Ebene und aus welchem Grunde?

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Es heißt, es gibt nur wenig Schriftliches zu diesem ganzen Vorgang im Ministerium. Das klingt merkwürdig. Das ist bei einem Vertrag von dieser Größenordnung erstaunlich. Das hat aber einen Vorteil für einen eventuell einzusetzenden Untersuchungsausschuss, nämlich dass nicht viel kopiert zu werden braucht. Zumindest das kann Holz für die Papierproduktion sparen. Vielen Dank dafür, Herr Uhlenberg!

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Watermann-Krass noch einmal zu Wort gemeldet.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu den Ausführungen, die ich hier vernommen habe, kurz Stellung nehmen.

Herr Hovenjürgens,

(Zurufe: Ohne „s“!)

– er ist schon weg –, ich fand es ganz bezeichnend, dass Sie einsehen, dass das suboptimal gelaufen ist. Wenn allerdings der Hinweis kommt, dass damals Herr Uhlenberg als Umweltminister den Sachverstand eingefordert hat, dann wundert es einen doch, dass damals gerade der Sachverstand des eigenen Landesbetriebs nicht einbezogen worden ist, weil ja aus dem Landesbetrieb Kritik kam und auch keine Unterschrift unter den Vertrag.

Von der FDP vernehme ich, dass sie dieses ernsthafte Thema mit sehr viel Getöse abtut. Das gilt gerade für Sie, Herr Höne. Da kann ich nur sagen: Führen Sie bitte eine ehrliche Diskussion über diesen wirklich großen Schaden, der auf das Land Nordrhein-Westfalen zukommt!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe ja ausgeführt, dass wir es gewusst haben. Nach zweieinhalb Jahren war das Sturmholz weg. Und Sie haben Verträge über sieben Jahren in dieser Größenordnung gemacht. Der Holzpreis, der so in die Höhe gestiegen ist, hat doch etwas mit diesen Verträgen in diesem Land zu tun. Darunter leiden doch unsere Sägewerker bis heute.

Darauf, was das Urteil, das am 3. Mai gesprochen wird, mit uns macht, hätte ich gerne eine Antwort, Herr Höne. Was sagen Sie denn den Sägewerkern, wenn es hier einen neunmonatigen Lieferstopp gibt und wir kein Holz mehr an private Sägewerker liefern dürfen? Darauf hätte ich gerne heute eine Antwort gehabt.

Zum Schluss: Wir sollten wirklich darüber reden, wer die Verantwortung übernimmt, wie wir mit diesem Schaden umgehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich noch einmal Herr Kollege Rüße zu Wort gemeldet.

Norwich Rüße (GRÜNE): Der Zettel wird kleiner, Herr Höne. Ich finde aber, wir müssen noch einmal darüber sprechen.

Dass Sie gesagt haben, es sei nicht richtig, dass wir heute über die Klausner-Verträge diskutieren, finde ich wirklich der Dramatik der Sache nicht angemessen. Ich finde es gut, dass wir heute darüber gesprochen haben. Es ist gut, dass wir es hier im Plenum gemacht haben, weil natürlich viele Kolleginnen und Kollegen an dem Thema nicht so nahe dran sind wie die Experten aus dem Umweltausschuss. Deshalb ist es richtig, dass wir es heute thematisiert haben, weil dieses Thema uns alle angeht.

Nun zur Ihrer Kristallkugel: Fritz Kuhn äußert sich zu den Zukunftstechnologien. Das können Sie gerne so sehen; da haben Sie auch recht. Hier geht es aber um etwas anders, nämlich um einen Gegenstand, den ich über eine lange Zeit, über sieben Jahre, verkaufen will. Da hätte ich einfach erwartet, dass, selbst wenn man anders beraten wird, ein Bauer wie Eckhard Uhlenberg sagt: Mensch, wie würde ich es denn machen mit meinen eigenen Schweinen oder meinem eigenen Getreide?

(Christian Möbius [CDU]: Kümmern Sie sich um Ihre eigenen Kühe!)

Wenn ich das über sieben Jahre verkaufe, wie mache ich das denn dann? – Dann gucke ich doch, dass ich den Preis kopple, dass ich mich an eine Börse oder einen Preisindex dranhänge. Das ist

doch das Problem. Was die Kristallkugel angeht, Herr Höne: Es geht nicht darum, dass man nicht wissen kann, was in Zukunft passiert, sondern es geht darum, genau das zu akzeptieren, dass man Unwägbarkeiten in der Zukunft hat und man deshalb Kaufverträge entsprechend darauf vorbereiten muss, dass man gucken muss, wie man sich gegen die Unwägbarkeiten der Zukunft halbwegs absichern kann.

Und da sage ich Ihnen noch einmal: Ganz so groß waren die Unwägbarkeiten nicht, weil es hinreichend Hinweise gab, dass man dort große Risiken eingeht. Darauf ist man nicht ernsthaft eingegangen. Das hat man beiseitegeschoben, vielleicht in guter Absicht, den Waldbauern helfen zu wollen – aber gute Absicht ist nicht immer ausreichend, man muss es dann auch gut machen. Und noch einmal: Man muss die Verantwortung für das, was man tut, übernehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb **schließe** ich die **Aussprache** über die **Unterrichtung**.

Wir treten ein in den Tagesordnungspunkt

2 EU-Visumfreiheit für die Länder des westlichen Balkans muss bestehen bleiben!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2631

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die antragstellende Piratenfraktion Herrn Kollegen Kern das Wort.

(Unruhe)

– Im Übrigen darf ich bitten, meine Damen und Herren, dass diejenigen, die glauben, jetzt den Saal verlassen zu müssen, das bitte möglichst geräuschlos tun, damit wir die Debatte unmittelbar fortsetzen können. – Herr Kollege Kern, Sie haben das Wort.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Die Visumsfreiheit für Drittstaatenangehörige ist eine der zentralen Errungenschaften der europäischen Integrationspolitik. Davon profitieren die Menschen in der EU und in den Drittstaaten in hohem Maße.

Wir Piraten stehen zum europäischen Integrationsprozess. Wir wollen eine offene EU-Einwanderungspolitik. Wir lehnen protektionistische Maßnahmen ab, die die Eingangshürden mittels Smart Bor-

ders oder der unnötigen Beschränkung der Reisefreiheit erhöhen.

Vor nicht einmal drei Jahren haben sich die EU-Mitgliedstaaten endlich dazu durchgerungen, die Visafreiheit für Länder des Westbalkans, insbesondere für Serbien und Mazedonien, einzuführen. Die Reisefreiheit in die EU darf in ihrer politischen und gesellschaftlichen Wirkung nicht unterschätzt werden. Sie eröffnet den Menschen neue Perspektiven, unterstützt den Demokratisierungsprozess in den Transformationsländern und beugt somit auch nationalistischen Tendenzen vor.

(Beifall von den PIRATEN)

Nun wollen die Mitgliedstaaten insbesondere auf Drängen Deutschlands die Visumsfreiheit für den Westbalkan mittels einer Visumsschutzklausel wieder aussetzen. Als Begründung verweist unser sicherheitsparanoider Bundesinnenminister Friedrich auf die gestiegenen deutschen Asylbewerberzahlen aus diesen Ländern. Doch der alleinige Anstieg der Zahl von Asylsuchenden darf aus unserer Sicht kein Grund für das kollektive Aussetzen der Visumsbefreiung sein. Es ist vollkommen absurd, aufgrund eines verhältnismäßig geringen und auch nur zeitweiligen Anstiegs von Asylbewerberzahlen aus Serbien und Mazedonien umfassende und diskriminierende Reisehemmnisse aufzubauen.

(Beifall von den PIRATEN)

Dabei sind nach Aussage von Herrn Friedrich die Zahlen zuletzt wieder stark zurückgegangen.

Um den Einwüfen der Law-and-Order-Politiker hier im Hause gleich zu entgegnen: Natürlich ist der Asylbewerberanstieg aus diesen Ländern mit Herausforderungen verbunden, insbesondere für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und anderswo. Das will hier niemand bestreiten. Doch anstatt dafür zu sorgen, dass eine der Situation angemessene Ressourcenausstattung für die Asylinfrastruktur in NRW gefunden wird – wohlgemerkt: für eine vorhersehbare Entwicklung von Bewerberzahlen –, sollen jetzt die Menschen aus dem Westbalkan wieder ausgesperrt werden. Das ist diskriminierende Türsteherpolitik, bei der nur der richtige Pass als Eintrittskarte gilt.

(Beifall von den PIRATEN)

Hier werden in erster Linie ausländerfeindliche Wahlkampfparolen auf dem Rücken der Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien ausgerufen.

Meine Damen und Herren, wir Piraten bleiben dabei: Wir lehnen eine restriktive Einwanderungs- und Visapolitik, die nur weiter die Festung Europa ausbaut, kategorisch ab.

(Beifall von den PIRATEN)

Was wir hier erleben, ist populistische Stimmungsmache auf Kosten der betroffenen Zuwanderer. Wir fordern die Landesregierung auf, sich für eine hu-

mane und offene Visa- und Asylpolitik in NRW, in Deutschland und in der ganzen EU einzusetzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion erteile ich nun Herrn Kollegen Yetim das Wort.

Ibrahim Yetim (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kern, ich glaube, in Nordrhein-Westfalen – wenn ich das richtig überblicke – gab es kaum eine Landesregierung, die sich so sehr für Zuwanderer und für Asylbewerber eingesetzt hat wie diese Landesregierung, um das einmal deutlich zu machen.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Visa reden, dann reden wir oft über Schicksale von Menschen, die sich in der Regel in erbärmlichsten Lagen befinden, in den allermeisten Fällen, weil sie in ihrem Heimatland keine Perspektiven haben, weil sie ausgegrenzt, diskriminiert und mitunter sogar verfolgt werden.

Zurzeit erleben wir einen Zustrom von Menschen aus den Balkanländern, die in ihren Ländern blanker Armut ausgesetzt sind, die nichts zu essen haben, die gesellschaftlich ausgegrenzt werden, die keine Chance auf einen Job, auf Perspektive haben. Sie flüchten aus EU-Ländern wie zum Beispiel aus Bulgarien und Rumänien genauso wie aus Serbien und Mazedonien. Vielfach handelt es sich dabei um Sinti und Roma, Volksgruppen, die aus ethnischen Gründen in ihren Heimatländern ausgegrenzt und benachteiligt werden.

Die Aufnahme dieser Menschen ist eine enorme Herausforderung für unsere Städte und Gemeinden. Wir haben in unserem Haushalt deshalb Mittel bereitgestellt, um unsere Kommunen bei dieser schwierigen Aufgabe zu unterstützen.

Gleichzeitig jedoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, erleben wir in Deutschland eine enorme Nachfrage nach qualifizierten Facharbeitern. Nicht zuletzt aus Gründen des demografischen Wandels sollten wir uns gegen einen Stopp der Zuwanderung zur Wehr setzen. Durch die Visumsbefreiung kommen auch qualifizierte Arbeitskräfte ins Land. Junge Familien, die eine Existenz gründen, brauchen wir in Deutschland, um uns weiterzuentwickeln.

Deshalb betrachten wir als SPD grundsätzlich die Visumsfreiheit für Drittstaatsangehörige positiv. Wir haben immer gesagt, wir wollen eine offene EU haben, in der sich Menschen frei bewegen können. Das Problem, dass es diesen Menschen in ihren Ländern schlecht geht, muss an der Wurzel gepackt werden, und das geht nur in ihren Heimatländern.

Die Menschen müssen in ihren Heimatländern endlich anerkannt und gleichberechtigt werden.

Hier brauchen diese Staaten wie Serbien, Mazedonien, aber auch Rumänien und Bulgarien, die schon zur EU gehören, unsere Unterstützung. Aber viel mehr brauchen diese auch endlich den politischen Druck der Bundesregierung, die sich entschieden dafür einsetzen muss, dass in diesen Ländern die Diskriminierung und Ausgrenzung ein Ende nimmt.

Als SPD sehen wir die Aussetzung der Visumsfreiheit als überflüssig an, wenn man die notwendige Hilfe im Heimatland gewährt. Die Visumsbefreiung ist für die Menschen im Westbalkan eine wichtige Errungenschaft. Sie lässt die Menschen die Annäherung an Europa konkret erleben. Sie ist auch ein wichtiger Schritt gegen Nationalismus; denn der Frieden auf dem Westbalkan ist immer noch nicht beständig. Wenn wir diese Länder wieder abschnitteten, würde sich die Situation dort sicher nicht stabilisieren.

Deshalb ist unsere Linie klar: Anstatt Schranken aufzubauen und Reisefreiheit einzugrenzen, brauchen wir Hilfen in den Herkunftsländern. Das ermöglicht den Menschen, die qualifiziert sind und hier Arbeit finden wollen, die Einreise, und es ermöglicht denen, die bislang aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen hierhergekommen sind, ein menschenwürdiges Leben in ihren Heimatländern.

An dieser Stelle möchte ich noch einen Satz zur CDU sagen, das kann ich Ihnen nicht ersparen. Mit Stimmungsmache, Herr Laumann – er ist gerade nicht da –, gegenüber Menschen anderer Herkunft wurde schon häufig gerne Wahlkampf gemacht. Ich halte das für unseriös und für gefährlich.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wenn Ihr Bundesinnenminister und auch Sie sagen: „Wir müssen vermeiden, dass Menschen aus sicheren Herkunftsländern zu uns kommen“ und damit die Aufhebung der Visafreiheit begründen, dann ist das eine ganz plumpe Argumentation. Das sollten Sie unterlassen. Ich glaube, das Ganze ist schon dem Bundestagswahlkampf geschuldet. Auf dem Rücken der Menschen Wahlkampf zu machen ist populistisch. Das halte ich für schäbig.

Meine Bitte an Sie lautet: Lassen Sie das sein. Lassen Sie uns anständig mit diesem Thema umgehen. Gerade weil es in den Städten, die unter dieser Zuwanderung leiden – unter anderem auch Duisburg, angrenzend an meinen Wahlkreis –, eine Verunsicherung bei den Menschen gibt, weil es dort Sorgen und Ängste gibt, müssen wir als Politiker hier beruhigend einwirken. Wir müssen uns ehrlich machen und diese Ängste zur Kenntnis nehmen. Wir sollten versuchen, gegenzusteuern und nicht mit Wahlkampfgetöse für Verunsicherung sorgen und Stimmungen bedienen, die wir nicht wollen.

Die Lösung kann nicht darin bestehen, in der europäischen Einheit einen Schritt zurückzugehen. Deswegen sind wir für die Visafreiheit. Was uns in Ihrem Antrag jedoch fehlt, liebe Piratinnen und Piraten, ist die deutliche Kritik an der Bundesregierung sowie die Aufforderung, zu unterstützen und zu helfen.

Wir haben Ihnen gestern angeboten, diesen Antrag zu überweisen. Dann hätten wir gemeinsam einen Antrag erarbeitet, der vollständig gewesen wäre. So aber können wir Ihren Antrag heute nur ablehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke sehr, Herr Kollege Yetim. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin von Boeselager das Wort.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat richtig: Man darf solche Themen nicht populistisch behandeln. Es handelt sich um ein sehr wichtiges Thema. Die Visumsfreiheit ist eine große Errungenschaft und ein sehr ermutigendes Signal.

Ich verstehe nur nicht, Herr Kern, warum die Piraten immer Anträge formulieren mit direkter Abstimmung. Warum lassen Sie nicht zu, dass man im Ausschuss noch einmal intensiv darüber diskutieren kann?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Visumsfreiheit für die Länder des westlichen Balkans muss natürlich bestehen bleiben. Gerade die Menschen in Serbien und Mazedonien, die im Antrag der Fraktion der Piraten konkret angesprochen werden, sind sehr daran interessiert. Die Visumsfreiheit ist eine vitale Brücke für diesen Annäherungsprozess, die Bewusstseinsbildung, das Kennenlernen und den Wandel. Ein solch hohes Gut darf nicht zum Versatzstück werden.

Auf der anderen Seite hat die Einführung der Visumsfreiheit in den Jahren 2009 und 2010 zu einem erkennbaren Missbrauch des Asylrechts geführt, der ökonomischen Druck erzeugt. Der vorliegende Antrag räumt die starke Belastung überhaupt nicht ein. Es sind ja ausgerechnet die sozialdemokratisch geführten Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die deshalb nach Hilfe gerufen haben. Herr Kollege Yetim, Sie haben es vorhin selbst erwähnt.

Auch die Jahresmitteilung des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts vom 15. Februar dokumentiert unter der Überschrift „Klagewelle von Asylverfahren aus den Herkunftsländern Serbien und Makedonien“ die Betroffenheit unseres Bundeslandes. Um die Asylsachen zu bearbeiten, mussten im Geschäftsjahr 2012 noch zwei weitere Kammern eingerichtet werden, nachdem schon 2010 drei zusätzliche Kam-

mern vorgesehen wurden. Dabei lag die Erfolgsquote bei den Verfahren bei null.

Die „Westfalenpost“ schreibt in der Ausgabe vom 19. Februar 2013 – ich zitiere –:

„Laut NRW-Innenministerium hält die Flüchtlingswelle aus Serbien und Mazedonien an“.

– Der Innenminister wird es wohl am besten wissen. –

„Im vergangenen Februar seien in Nordrhein-Westfalen 1.725 Asylantragsteller registriert worden, rund 65 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Das Ministerium rechnet für die kommenden Monate mit konstant hohen und sogar noch steigenden Flüchtlingszahlen.“

Es geht darum, grundsätzlich und angemessen eine Regelung zu entwickeln, um auf extrem zugespitzte Fehlentwicklungen künftig reagieren zu können, und zwar im Einklang mit der Kultur der freiheitlichen Ordnung und des Willkommenseins.

Die Konzeption, über die der LIBE-Ausschuss am 8. April 2013 abgestimmt hat, nimmt eine solche Regelung dazu in Aussicht. Sie zielt nicht darauf, die Visumsfreiheit für die Länder des westlichen Balkans abzuschaffen, wie das im Antrag der Piraten suggeriert wird. Es ist auch kein willkürlicher Automatismus vorgesehen, sodass auf Antrag eines Landes sogleich die Anwendung der Visumsschutzklausel folgen könnte.

Hier ist Ihr Antrag besonders lax formuliert. Sie müssen sich die Frage gefallen lassen, lieber Herr Kern, warum Sie die Zuständigkeiten der Kommission nicht deutlich benennen. Die Visumsfreiheit – da sind wir uns alle einig – ist ein hohes Gut und in höchstem Maße schützenswert.

Die Gestaltung muss allerdings auch verlässlich sein. Visumpolitik kann keine Einbahnstraße sein. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung hinweisen. Es stehen ebenso alle Länder in der Verantwortung, denen gegenüber die Visumsfreiheit besteht.

Ich denke, wir müssen leider Ihren Antrag in der Form ablehnen. In Zukunft – da wiederhole ich mich – sollten Sie Ihre Anträge so formulieren, dass wir sie auch intensiv diskutieren können. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir Grüne stimmen der Aussage der Antragsteller zu, dass eine gestiegene Zahl an Asylbewerberinnen und -bewerbern in unserem Rechtsstaat kein Grund sein

darf, Visumsfreiheit für ein Land auszusetzen. Wir Grüne schätzen das Recht auf Asyl, das in unserem Grundgesetz verankert ist, als ein sehr hohes Gut ein, und hier darf es keine Relativierung geben.

(Beifall von den GRÜNEN und Michele Marsching [PIRATEN])

Über welche Länder reden wir überhaupt? – Wir reden über Serbien. Serbien hat seit 2012 den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Oder Mazedonien: Seit 2003 gilt Mazedonien als potenzieller EU-Kandidat, und seit 2009 laufen hier die Beitrittsverhandlungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was für ein Signal, hier die errungene Visumsfreiheit wieder auszusetzen! In diesen Prozessen wäre es für diese Länder ein enormer Rückschlag, wenn Sie die Visumsfreiheit verlieren, und auch ein Rückschlag für den gesamten Prozess der Beitrittskandidaten.

Schauen wir uns an, um was es geht: nicht nur um die gefühlten Zahlen, sondern wirklich um Fakten, um welche Einwanderungszahlen bzw. Flüchtlingszahlen es sich hier handelt: 2012 stellten 64.539 Menschen in Deutschland einen Erstantrag auf Asyl. Dieser Wert von 2012 liegt weit unter dem Wert, den wir vor zehn Jahren noch hatten. Das muss man einfach einmal ins Verhältnis setzen. Von diesen 64.500 kamen 8.477 Erstanträge aus Serbien. Seitdem – und auch das muss man zur Kenntnis nehmen – ist der Anteil der Balkanländer wie Serbien bei den Antragstellern kontinuierlich zurückgegangen.

Schauen wir uns den Monat März an: Im März sind 5.579 Erstanträge auf Asyl gestellt worden. Die meisten davon – vielleicht sollte man sich mit den Fakten beschäftigen, bevor man hier in dieses Getöse einstimmt –, nämlich 1.004 Anträge, kamen aus Russland. Dahinter mit 552 Anträgen liegt Syrien. Auf Platz drei der Länder der Asylantragsteller liegt dann Afghanistan mit 459 Anträgen. Weiter hinten findet man auch den Anteil serbischer Antragstellerinnen und Antragsteller. Der liegt mit 6,9 % und absolut 385 Anträgen im Monat März nicht in den vorderen Rängen.

Wenn ich mir dann ansehe, was der Innenausschuss des EU-Parlamentes sagt, warum wir so eine Visumsschutzklausel benötigen und warum Innenminister Friedrich hier vorstellig wird, wird einem klar, wie absurd das eigentlich ist. Der Innenausschuss der EU stellt fest: Der Kommission sollte – jetzt kommt es – in Ausnahmefällen im Zusammenhang mit einer Notlage, in der eine dringliche Reaktion erforderlich ist, um die Schwierigkeiten eines oder mehrere Mitgliedstaaten abzuwenden, ... Und so weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 385 Erstantragsteller in ganz Deutschland aus Serbien! Das soll eine Notlage für die Bundesrepublik Deutschland sein? – Das ist doch absurd.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Hier sollte man doch wirklich die Kirche im Dorf lassen. Innenminister Friedrich sollte hier lieber seine Hausaufgaben machen, da wir riesige Zahlen an Anträgen haben, die im Bundesamt für Migration und Flucht liegen bleiben, weil der Bundesminister es nicht schafft, das Personal entsprechend aufzustooken. Anstatt da seine Hausaufgaben zu machen und eine zügige Antragstellung zu gewährleisten, macht er nur populistisches Getöse. Und dieses populistische Getöse bezweckt nur eins – das haben Vorredner von mir gesagt –: Ressentiments gegen Flüchtlinge; das bedient die Stammtische. Und das ist nicht unsere Politik hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von meiner Seite an die Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion: Mir ist es völlig unverständlich und nicht nachvollziehbar, warum Sie hier auf direkte Abstimmung bestehen. Wir haben noch gestern und vorgestern im Gespräch – ein Kollege der SPD war mit dabei – Ihnen angeboten, zu überweisen. Das Angebot steht nach wie vor, damit wir dann im Ausschuss zu einer einvernehmlichen Antragstellung kommen können. Dieses Angebot haben Sie aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen ausgeschlagen.

Grund könnte sein – und das fände ich ein wenig schade –, dass es Ihnen hier offenbar nicht um die Sache geht. Wenn Sie hier einen Antrag vorlegen, den Fraktionen eine Woche Zeit zur Beratung lassen, Gesprächsangebote ausschlagen und hier auf direkte Abstimmung bestehen, dann kann es Ihnen nicht um die Sache gehen, lieber Kollege Kern, sondern hier geht es um Profilierung und ritualisierten Schlagabtausch. Das finde ich schade. Denn ich dachte, gerade die Piraten wären für einen anderen Politikstil hier ins Parlament gezogen. Das ist offenbar nicht so. Ich bedauere das ausdrücklich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion erteile ich nun Herrn Kollegen Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kern, wie gestern, das gleiche Prozedere: Sie bestehen auf sofortiger Abstimmung, und erkennbar möchte ein Großteil des Hauses das im Ausschuss debattieren. Auch ich möchte mich denjenigen anschließen, die Sie bitten, von dieser direkten Abstimmung Abstand zu nehmen und eine Überweisung in den Fachausschuss vorzunehmen.

(Beifall von der FDP)

Denn es ist ja völlig klar, dass dieses Thema einer intensiven Beratung bedarf. Das Thema Visumsfreiheit ist hier mehrfach als hohes Gut auch angesprochen worden. Wir wissen natürlich auf der anderen Seite, dass das Thema Visumsfreiheit oder Begrenzung der Freiheit auch immer eine Abwägungsfrage ist. Dass es darauf ankommt, Freiheit und Missbrauch abzugrenzen und abzuwägen. Wir wissen auch, dass es durchaus nicht so ist, dass ein Visumszwang, Herr Kern – wenn Sie mir ihr Ohr leihen möchten –, immer dämonisiert werden muss. Sie haben von einem sicherheitsparanoiden Bundesinnenminister gesprochen. Ich wollte nur ganz vorsichtig darauf hinweisen, dass das Visum die Regel zwischen Staaten auf dieser Welt ist. Wenn Sie als Westeuropäer nach Asien fahren, müssen Sie auch ein Visum beantragen. Es ist nicht so, als ob es das überhaupt nicht gäbe. Insofern, denke ich, bedarf dieses Verfahren, das wir heute haben, einer vernünftigen Abstimmung. Da muss man – Frau Düker hat Zahlen genannt – diskutieren, ob die gestiegenen Asylbewerberzahlen ein Anlass zur Besorgnis sind.

Die Schätzung, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für dieses Jahr aufgestellt worden ist, ist von 4.500 auf 9.000 erhöht worden. All das bedarf einer vernünftigen, sachgerechten und tiefgehenden Diskussion.

Wir als Liberale stehen im Grundsatz zur Visumsfreiheit gerade in diesem engen europäischen Raum. Auf der anderen Seite halten wir es auch nicht für sachgerecht, einen solchen Antrag übers Knie zu brechen. Deswegen werden wir, wenn Sie auf der direkten Abstimmung bestehen, diesen Antrag auch ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wolf. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort. Bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Europa ist offener geworden. Der Schengen-Raum und seine Regeln sind ein Ausdruck dieser Offenheit. Diese Offenheit ist auch gut so. Aber die Offenheit führt auch dazu, dass Menschen zu uns kommen – das ist ein sehr viel komplexeres Thema, als es die Piraten in ihrem Antrag dargestellt haben –, weil sie entweder in ihren Heimatländern bitterste Armut erleben oder als Ethnie tatsächlich auch noch diskriminiert werden.

Das führt dazu, dass die Asylbewerberzahlen zum Teil steigen. Kollegin Düker hat das ins richtige Licht gerückt. Wir haben einen Anstieg bei den Asylbewerberzahlen natürlich aus dem Bereich Syrien und Russland, wo innerhalb der Staatsgrenzen bürger-

kriegsähnliche Zustände herrschen, aber deutlich weniger aus Serbien und Mazedonien. Das ist eine Zahl, die durchaus vertretbar ist, mit der wir sowohl als Land als auch die Kommunen umgehen können.

Wichtig ist zu hinterfragen, warum diese Menschen zu uns kommen, und, wenn wir diese Frage stellen, tatsächlich Lösungen zu entwickeln. Die Lösungen können nicht durch Verallgemeinerungen oder Vorurteile entwickelt werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Tatsache ist, dass die Menschen, die aus Südosteuropa nach Deutschland kommen, in der Mehrzahl hochqualifizierte Menschen sind, die der deutsche Arbeitsmarkt dringend braucht. Die Mehrzahl ist hochqualifiziert. Eine kleine Zahl wählt den Weg nach Deutschland, nach Spanien, nach Frankreich, weil sie zu Hause in bitterster Armut leben, in der Regel der Ethnie der Roma angehören und in ihren Herkunftsländern keinerlei Zugang zu Bildung, Gesundheit oder Arbeitsmarkt haben. Hierin liegt die Ursache – nicht in der Visumsfreiheit, sondern in der Diskriminierung dieser Minderheit in ihren Herkunftsländern.

Tatsache ist auch: Unter den Verträgen über den Beitritt von Rumänien und Bulgarien steht die Unterschrift von Frau Merkel. Es kann nicht sein, dass die Kommunen mit einer solchen Zuwanderung aus Osteuropa alleingelassen werden, ohne dass die Bundesregierung ihren Teil der Verantwortung dabei trägt.

(Beifall von der SPD)

Und ihren Teil der Verantwortung dabei tragen heißt, in den Herkunftsländern, bei den dortigen Regierungen und in Brüssel zu intervenieren. Ich will ein Beispiel nennen. Rumänien stünden 345 Millionen € aus ESF-Mitteln der Europäischen Union zur Verfügung, um im Rahmen von Projekten der Gesundheitsvorsorge und Bildung den Roma in ihren Herkunftsländern direkt zu helfen. Tatsächlich werden nur 10 % dieser 345 Millionen € zurzeit abgerufen, weil es ein Vollzugsdefizit in diesen Staaten gibt.

Hier ist Unterstützung vonseiten der deutschen Ministerien erforderlich. Die Bundesregierung tut hier nichts. Sie tut wirklich gar nichts, um die Situation in den Herkunftsländern zu verbessern. Es ist verwerflich, stattdessen auf die Kommunen zu zeigen und zu sagen, sie müssten nur ordnungspolitisch gegen Zuwanderung vorgehen. Das kann nicht die Lösung sein. Es verlagert die eigentliche Verantwortung in diesem Bereich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir Zuwanderung aus Osteuropa haben, ist ein Ergebnis eines unglaublichen Armutsgefälles innerhalb Europas. Alle Parteien sind gut beraten, nicht mit Populismus darauf zu reagieren. Damit würden genau die ihre Argumente bekommen, die wir im Par-

lament von Nordrhein-Westfalen nicht haben und hoffentlich niemals haben werden.

(Beifall von der SPD)

Mein Appell an die Verantwortung von Demokraten: nicht mit Vereinfachungen und Vorurteilen diesem Thema zu begegnen, sondern mit konstruktiven Lösungsansätzen. Das kann man am besten mit ordentlichen Beratungen im Parlament.

Schade, dass dieser Antrag diesen Weg nicht geht, sondern heute direkt abgestimmt werden soll. Das ist natürlich nicht in Ordnung. Die parlamentarischen Möglichkeiten einer Beratung nicht zu nutzen, diesem Vorwurf muss sich in der Tat die Fraktion der Piraten gefallen lassen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Piratenfraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Kern zu Wort gemeldet. Er erhält es jetzt auch, allerdings nur für höchstens 60 Sekunden.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Danke schön. – Herr Präsident! Herr Kollege Yetim, Frau Kollegin Düker und an die anderen Kollegen gerichtet: Ich kann Ihnen klar erklären, wieso wir hier eine direkte Abstimmung brauchen; Frau Düker hat es bereits angesprochen.

Der Innenausschuss im Europaparlament hat schon abgestimmt. Die Kompromissfindung läuft. Es herrscht hier einfach Handlungsdruck. Dem können Sie sich hier nicht entziehen. Es tut mir leid. Politik bedeutet auch, sich zum richtigen Zeitpunkt entscheiden zu müssen und nicht hinterher zu diskutieren.

Dann möchte ich noch einmal darauf hinweisen, wenn hier so getan wird, als gäbe es hier großartige Gesprächsangebote, um einen gemeinsamen Antrag zu entwickeln: Wir haben es gestern bei „Smart Borders“ gesehen; da war es ähnlich. Sie finden immer irgendeinen fadenscheinigen Grund, um einen Ihrer Meinung nach inhaltlich auch richtigen Antrag abzulehnen. Ich frage mich, was demnächst kommen wird. Vielleicht lehnen Sie dann auch einen Antrag ab, weil er in der falschen Schriftgröße oder in der falschen Schriftart gewählt wurde.

(Beifall von den PIRATEN)

Das kann es leider nicht sein. Wenn wir uns an die Diskussion zum Leistungsschutzrecht erinnern, kann ich aus Piraten-Sicht nur feststellen: Sie sind, so wie Sie hier im Parlament diskutieren, dabei, Glaubwürdigkeit zu verspielen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke schön, Herr Kollege Kern. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor bzw. wären angesichts der allgemeinen Zeitüberschreitung ohnehin nicht mehr möglich. Wir sind somit am Schluss der Beratung angelangt.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wie mehrfach angesprochen, hat die antragstellende Fraktion der Piraten direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2631**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der Piraten. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Ich schliesse Tagesordnungspunkt 2 und rufe auf:

3 NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen – Sofortprogramm „Beute zurück“ starten!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2621

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Orth das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entwicklung der Einbruchskriminalität in Nordrhein-Westfalen ist besorgniserregend. Das Risiko, in Nordrhein-Westfalen Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist leider historisch hoch. Im Schnitt wird alle zehn Minuten in ein Haus oder in eine Wohnung in NRW eingebrochen. Landesweit ist die Zahl der Einbrüche unter der Verantwortung von Innenminister Jäger in den letzten drei Jahren um 30 % auf 54.167 Fälle gestiegen.

54.167 Fälle sind einfach zu viel. Örtlich haben wir erschreckende Steigerungsraten. Die verzeichneten Einbrüche steigen bei den Kreispolizeibehörden teilweise um 80 %. Der Gesamtschaden belief sich im Jahr 2012 auf 160 Millionen €. Nicht selten bleibt ein solcher Schaden mangels Hausratversicherung, zu niedriger Deckungssumme oder fehlender Nachweise unersetz. Aber das Materielle ist nicht das Schlimmste. Viele Opfer werden traumatisiert. Sie verlieren persönliche Erinnerungsstücke, die nicht wiedererlangbar sind. Sie empfinden Empörung darüber, dass Fremde in Ihre Privatsphäre eingedrungen sind. Sie haben Sorge, dass die Täter wiederkommen. Es ist in Ihrer Wäsche herumge-

fühlt worden, die Lebensmittel wurden angefasst usw.

Meine Damen und Herren, wenn 54.167 Haushalte Opfer eines Einbruchs wurden, dann muss die Politik reagieren. Es reicht nicht aus, auf lückenhaft genutzte, teilweise veraltete und in ihrer Wirksamkeit bezweifelte Standardermittlungsmaßnahmen zu verweisen oder wie Herr Minister Jäger alle paar Monate irgendeine medienräftige Alibiveranstaltung zu inszenieren. Solche Veranstaltungen binden nur zusätzlich Personal und bringen in der Sache gar nichts.

(Beifall von der FDP)

Wir haben aber noch ein weiteres Problem. Während die Einbruchszahlen massiv steigen, sinkt gleichzeitig die Aufklärungsquote. Derzeit werden von 100 Einbrüchen nur zwei bis drei Täter hinterher überhaupt tatsächlich verurteilt. Nordrhein-Westfalen hängt im Ländervergleich hinten.

Herr Minister, Sie tragen die politische Verantwortung dafür, dass über 50.000 Einbrüche im letzten Jahr unaufgeklärt und ungesühnt blieben. Es geht keinerlei abschreckende Wirkung von dem aus, was der Staat entgegengesetzt. Wir verlangen von Ihnen, dass Sie endlich ein neues Konzept auflegen, um den Verfolgungsdruck, das Entdeckungsrisiko und die Aufklärungsquote zu steigern.

Sie haben selbst im letzten Jahr eine polizeiliche Arbeitsgruppe mit dem Titel „Bekämpfung mobiler Intensivtäter Eigentum“ eingesetzt. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Kriminalpolizei werden laut deren Ergebnissen Aktenzeichen angelegt, abgeheftet und dann passiert nichts weiter. Es würden Datenbanken schlecht gepflegt, sagen Ihnen Ihre eigenen Leute aus der Arbeitsgruppe. Es werden erkennungsdienstliche Instrumente wie Fotos oder Fingerabdrücke nicht aktualisiert, sagt Ihnen Ihre eigene Arbeitsgruppe. Herr Minister Jäger, Sie persönlich müssen endlich die Konsequenzen aus den Ergebnissen Ihrer eigenen Arbeitsgruppe ziehen.

Wenn man sich bei anderen Polizeixperten erkundigt, sagen diese ebenfalls, dass vieles von dem, was die nordrhein-westfälische Polizei macht, antiquiert ist. Ich nenne nur das Stichwort Ebay-Recherchen. Diese finden praktisch gar nicht statt.

Wir brauchen ein Programm, das dazu führt, dass die Menschen die Beute zurückbekommen. Wir brauchen endlich eine zentrale Datenbank, in der die Menschen in der Öffentlichkeit nachschauen und das Diebesgut identifizieren können.

Ich bin Liberaler. Insofern möchte ich auch einmal ein liberales Argument, ein marktwirtschaftliches Argument anfügen. Wenn Sie die Vertriebskanäle austrocknen und den einbrechenden Menschen die Möglichkeit nehmen, das, was sie bei den Einbrüchen mitgenommen haben, auch abzusetzen, dann

werden Sie dazu beitragen, dass es weniger Einbrüche gibt, weil es weniger Anreize gibt.

(Beifall von der FDP)

Der öffentliche Fahndungsdruck in Nordrhein-Westfalen ist zu gering. Wir könnten auch außerdienstunfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei für die ganz normale Schreibtischarbeit, für kriminalistischen Spürsinn einsetzen. Leider geschieht das in Nordrhein-Westfalen nicht.

Die Liste ist noch sehr lang. Wir werden sie im Ausschuss debattieren. Herr Minister, wir sind nicht bereit, länger abzuwarten. Sie müssen endlich handeln. Die über 50.000 Einbrüche sind die Einbrüche, für die Sie persönlich die Verantwortung tragen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Heinrichs das Wort.

Falk Heinrichs (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Orth, ich habe mir bei dem Antrag schon Gedanken gemacht, was heute kommen soll. Ich habe es mir eigentlich auch so gedacht. Es geht Ihnen nicht um die Sache. Es geht Ihnen mehr um Getöse, um Polemik und Wahlkampfsachen. Das ist mir wieder aufgefallen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben „Beute zurück“. Das sind die Schlagwörter Ihres Antrages. Die damit gemeinte Verfolgung, Aufklärung und Repression von Einbruchskriminalität sind allein jedoch nicht ausreichend, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP. Zusätzlich notwendig, um Einbrüche zu verhindern, sind wirkungsvolle Präventionsmaßnahmen, wie sie der Innenminister mit seiner Kampagne „Riegel vor“ angeschoben hat. Eine wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität braucht nämlich beides, Prävention und Repression.

Wir registrieren seit einiger Zeit, und zwar bundesweit, einen besorgniserregenden Anstieg der Fallzahlen. Das ist richtig. Besonders betroffen sind Großstädte und Wohnbereiche in Autobahnnähe. Bei den Tätern handelt es sich in der Regel um überregional agierende Banden.

Umso wichtiger ist es, dies so effizient wie möglich zu bekämpfen. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen sich in ihren eigenen vier Wänden sicher fühlen. Das ist sehr, sehr wichtig. Das haben Sie auch angesprochen. Herr Dr. Orth, da gebe ich Ihnen Recht: Es ist nicht nur der Verlust von Wertgegenständen, der den Opfern zu schaffen macht, sondern auch die brutale Verletzung ihrer Privatsphäre wird als äußerst demütigend empfunden.

Um einer Legendenbildung vorzubeugen: Der Anstieg der Fallzahlen hat nicht erst 2010 angefangen, sondern bereits ab dem Jahr 2008, als die FDP noch den Innenminister stellte. Im Jahr 2007 lag die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen bei 16,5 %. Bis 2010, dem Jahr des Regierungswechsels, sank sie unter Schwarz-Gelb kontinuierlich auf nur noch 12,9 %. 2012 konnte Innenminister Jäger dagegen auf eine leicht angestiegene Aufklärungsquote von 13,8 % verweisen. Tun Sie also nicht so, als ob die Aufklärungsquote seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün gesunken wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die FDP fordert ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen. Das klingt erst einmal gut.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie verkennen jedoch, dass die rot-grüne Landesregierung schon 2010 eine landesweite ganzheitliche Handlungsstrategie entwickelt hat. Das Problem ist also erkannt. Es ist keinesfalls so, dass sich Landesregierung und Polizei ausschließlich auf präventive Maßnahmen konzentrieren. Das LKA stellt inzwischen tagesaktuell ein Lagebild zur Verfügung, mit dem die Einbruchsentwicklung landesweit verfolgt werden kann. Das versetzt die Polizeibehörden in die Lage, Schwerpunkte und Tendenzen frühzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren. Seit 2011 werden landesweit mehr als 40 neue Ermittlungskommissionen eingerichtet.

Die Konzepte schließen längst auch eine umfassende Sachfahndung nach Beutegegenständen ein, die natürlich auch die von der FDP geforderte Internetrecherche umfasst. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Einrichtung eines Cybercrime-Kompetenzzentrums beim LKA.

Die von der FDP massiv kritisierten Aktionstage mit überörtlichen Fahndungs- und Kontrolleinsätzen sowie Razzien sind nicht etwa Show, sondern auch Teil einer konzentrierten Sachfahndung. Die durchweg positiven Erfahrungen haben gezeigt, dass es auf jeden Fall sinnvoll ist, weiterhin an dieser Praxis festzuhalten.

Die Kampagne „Riegel vor“ ist der präventive Baustein unserer ganzheitlichen Handlungsstrategie zur Bekämpfung und Verhinderung von Wohnungseinbrüchen. Eine möglichst optimale Sicherung der Häuser, eine Schärfung der Wachsamkeit in den Wohnquartieren und die sofortige Weitergabe verdächtiger Beobachtungen an die Polizei sind wichtig, um potenzielle Einbrecher möglichst schon vor einer Tatbegehung zu stoppen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch ganz kurz auf die Klagen der FDP über die Personalausstattung der Polizei eingehen. Fakt ist, dass Schwarz-Gelb in den Jahren 2006 bis 2010

insgesamt 2.100 Beamte weniger eingestellt und ausgebildet hat als möglich gewesen wäre. Das wird der Polizei insbesondere ab 2016 sehr zu schaffen machen. Es werden pro Jahr mehr Beamte ausscheiden als in den Dienst neu eintreten.

Wir sind dabei, diesen Fehler der Vorgängerregierung zu reparieren. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode 2010 bis 2012 wurde die Einstellungsermächtigung auf 1.400 Anwärter pro Jahr erhöht. Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung 2012 erklärt, dass trotz der Sparzwänge auch in den nächsten Jahren an dieser Einstellungspraxis festgehalten wird.

In Sachen der Personalausstattung der Polizei sollte sich die FDP also besser an das bewährte Motto halten: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall von der SPD)

Zusammenfassend ergibt sich, dass der FDP-Antrag nur eine schlecht durchgeführte Recherche über die Polizeiarbeit und Kriminalitätslage in Nordrhein-Westfalen ist.

Dennoch sollten wir dieses wichtige Thema „Einbruchskriminalität“ in den zuständigen Fachausschüssen weiter beraten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Wenn ich richtig informiert bin, war das Ihre erste Rede.

(Falk Heinrichs [SPD]: Ich habe schon einmal gesprochen!)

– Ich bin nicht richtig informiert. Jetzt wollte ich Ihnen gerade Beifall von allen Seiten verschaffen.

(Allgemeiner Beifall)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Golland das Wort.

Gregor Golland (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Kaum eine Straftat beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl so sehr wie das gewaltsame Eindringen in die eigene Wohnung. Der seelische Schaden ist oft größer als der materielle Verlust.

Laut Antwort auf meine Kleine Anfrage 851 vom 21. Januar 2013 und der PKS 2012 ist die Zahl der Wohnungseinbrüche in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr von 50.368 auf sagenhafte 54.167 gestiegen. Das ist eine Zunahme um 7,5 %. Das ist das höchste Fallaufkommen seit 1995, Herr Innenminister.

Die Aufklärungsquote dagegen lag im Jahre 2012 landesweit bei 13,8 %,

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

in den Vorjahren bei 13,6 bzw. 12,9 %. Desaströs! Eine erschreckende Bilanz Ihrer Amtszeit, Herr Innenminister!

Angesichts der niedrigen Aufklärungsquote bezeichnete der NRW-Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Arnold Plickert Wohnungseinbrüche in NRW kürzlich als „risikoloses Verbrechen“, aus „derwesten.de“ vom 4. Oktober 2012. Diese Aussage, meine Damen und Herren, ist ein Hilferuf.

Während organisierte Banden jede Woche ihr Diebesgut wie Zehntausende Euro, CD-Spieler, Kameras oder Schmuck in ihre Heimatländer schicken, werden die Verfahren der traumatisierten Opfer per Verwaltungsakt eingestellt. So etwas stört dauerhaft und nachhaltig das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eine Reaktion von Herrn Jäger ist bislang ausgeblieben. Anstelle konsequenter, nachhaltiger und seriöser Kriminalitätsbekämpfung setzt er auf medienwirksame Showeinlagen wie 24-stündige Blitzmarathons oder Großrazzien vor laufender Kamera, die nicht den Schutz der Bürger vor Wohnungseinbrüchen, sondern allein seine Beliebtheitswerte erhöhen sollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bisheriger Höhepunkt dieses Spektakels, Herr Jäger, war ein Einsatz mehrerer Hundertschaften der Polizei Ende Februar 2013 im Münsterland und in Ostwestfalen. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums handelt es sich dabei um eine Razzia gegen Einbrecherbanden, bei der 64 mit Haftbefehl gesuchte Personen festgenommen wurden. Das konnte man Ihrer Pressemitteilung vom 1. März 2013 entnehmen.

Wie das „Westfalenblatt“ jedoch später herausfand, soll die Polizei schon Wochen vorher angewiesen worden sein, vorläufig keine Haftbefehle zu vollstrecken, sondern damit bis zum Tag der Razzia des Innenministers zu warten. Bei den festgenommenen Personen soll es sich deshalb zu einem großen Teil um notorische Schwarzfahrer oder Verkehrssünder, die ihre Strafe nicht zahlen konnten oder wollten, gehandelt haben. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Zuruf von der FDP)

Davon abgesehen rät Herr Jäger den Bürgern: Wohnung sichern, aufmerksam sein, 110 rufen – so „DerWesten“ vom 4. Oktober 2012. Dieser Ratschlag offenbart die ganze Konzept- und Ideenlosigkeit des Innenministers beim Thema „Wohnungseinbrüche“. Dass man beim Verlassen des Hauses die Türe hinter sich schließt und im Notfall

die Polizei ruft, versteht sich von selbst und ist eine Binsenweisheit, aber kein innenpolitisches Konzept.

Der Bundesinnenminister arbeitet derzeit an der Erstellung eines bundesweiten Lagebildes zu Wohnungseinbrüchen. Eigentlich müsste NRW angesichts der schlechten Aufklärungsquote ein gesteigertes Interesse an diesem Lagebild haben, da nur so Bewegungsprofile und überregionale Tatzusammenhänge erkannt werden können. Dennoch verweigert NRW als einziges Bundesland bislang die Übermittlung seiner Daten an das BKA.

Als trauriges Fazit bleibt mir nur festzuhalten: NRW ist eine Einbrecherhochburg. Der Anstieg der Einbruchskriminalität geht ungebremst weiter. Polizei und Justiz sind aufgrund politischer, organisatorischer und struktureller Versäumnisse im Wesentlichen macht- und hilflos bzw. völlig überlastet. Sie werden in ihrer Arbeit von der Landesregierung allein- und im Regen stehen gelassen.

Gegen hochmobile, internationale Einbrecherbanden aus Süd-Ost Europa wird nicht konsequent genug vorgegangen – weder in der Strafverfolgung noch durch Abschiebung. Das verhindern unter anderem grüne Gutmenschen in der Regierungskoalition.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

– Genau das verhindern Sie über Jahre hinweg. – Die Hilf- und Konzeptlosigkeit von Rot-Grün kommt einer Kapitulation des Rechtsstaates in diesem sensiblen Deliktfeld gleich und hinterlässt viele traumatisierte Opfer.

Die CDU-Landtagsfraktion erwartet von der Landesregierung endlich entschlossenes und wirkungsvolles Handeln. Tun Sie etwas gegen die Überlastung der Polizei! Stärken Sie die Arbeit der Kripo! Schaffen Sie endlich die notwendigen personellen, materiellen und rechtlichen Voraussetzungen für eine schlagkräftige Strafaufklärung und -verfolgung! Die Bürger werden Sie an Ihren Kennzahlen und nicht an Ihren Inszenierungen messen. Man darf das Problem der Wohnungseinbrüche nicht länger ignorieren oder kleinreden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Schäffer das Wort.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Herr Golland, was soll man dazu noch sagen? Sie werfen uns mal wieder Gutmenschentum vor. Ich werfe Ihnen mal wieder vor, dass Sie keine Ahnung haben. Sie können EU-Bürger nicht ausweisen, weil sich EU-Bürger hier aufhalten dürfen. Insofern läuft das, was

Sie sagen, völlig ins Leere. Ich finde es auch peinlich, weil Sie das langsam wissen sollten.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN – Gregor Golland [CDU]: Warum gibt es den Abschiebestopp?)

Bei dem Thema an sich sind wir wohl alle einer Meinung. Natürlich muss das Thema „Wohnungseinbrüche“ ernst genommen werden. Die Bürgerinnen und Bürgern beklagen häufig nicht den materiellen Schaden, sondern das Gefühl zu wissen: Es war jemand in der Wohnung. Jemand hat die Sachen durchwühlt. Jemand hat persönliche Erinnerungsstücke angeschaut und sie womöglich mitgenommen. Dabei fällt einem insbesondere Schmuck ein.

Das sind die traumatischen Erfahrungen, die man macht, wenn in die Wohnung eingebrochen und in die Privatsphäre eingedrungen wurde. Das ist für jeden nachvollziehbar. Jeder, der schon einmal einen Wohnungseinbruch selbst oder in der näheren Verwandtschaft oder Bekanntschaft miterlebt hat, weiß, welche Spuren er bei den Menschen hinterlässt. Insofern sind wir uns wohl inhaltlich sehr einig, dass wir gerade beim Thema „Wohnungseinbrüche“ zusammenstehen müssen und die Polizei entsprechend vorgehen und handeln muss.

Nichtsdestotrotz finde ich den FDP-Antrag an manchen Stellen etwas problematisch und unsäglich. Sie schüren Panik und Angst in der Bevölkerung, wenn Sie schreiben:

„Das Risiko, in Nordrhein-Westfalen Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist so hoch wie kaum zuvor.“

Und wenn Sie sagen, dass das Risiko für Einbrecher, für eine solche Tat bestraft zu werden, verschwindend gering sei, liest sich das schon fast wie eine Empfehlung an Kriminelle, genau das zu tun und im lukrativen Bereich der Wohnungseinbrüche tätig zu werden. Da würde ich mir manchmal ein bisschen Sensibilität wünschen, wenn man im Antrag polemisch formuliert und wie man in den Medien vorgeht.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Sie können die Wahrheit nicht ausblenden!)

Das liegt aber in Ihrer Verantwortung, wie Sie hier vorgehen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Ja, regen Sie sich auf! Wir werden die Diskussion noch im Ausschuss führen.

Ich finde, der Vergleich mit anderen Bundesländern, den Sie, was die Aufklärungsquote angeht, anführen, spricht für Ihre Unwissenheit bei diesem Thema. In Ihrem Antrag schreiben Sie, dass es vor allem Täterbanden, organisierte Banden sind, die aus dem Ausland kommen, die sich gerade Nordrhein-

Westfalen auswählen, weil wir ein gut ausgebautes Autobahnnetz haben. Die Mobilität kann genutzt werden; die schnellen Fluchtmöglichkeiten sind da. Insofern hinkt der Vergleich mit anderen Bundesländern; ich finde ihn peinlich. Noch viel peinlicher finde ich, dass Sie den Innenminister für jeden Wohnungseinbruch in Nordrhein-Westfalen verantwortlich machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist wirklich unsäglich, weil wir alle wissen, dass die Ermittlungen gegen die organisierten, hochmobilen Banden so schwierig sind.

Deshalb müssen wir auf Prävention setzen. Mit ihrer Kampagne „Riegel vor!“ schlägt die nordrhein-westfälische Polizei einen sehr guten Weg ein. Sie geht den präventiven Weg, bietet Bürgerinnen und Bürgern an, sich beraten zu lassen, damit sie nicht Opfer werden, sondern schon im Vorfeld – Prävention – tätig werden und ihre Wohnung sichern. Dass auch die Sensibilität in der Nachbarschaft steigt, damit die Polizei häufiger gerufen wird, wenn Auffälligkeiten beobachtet werden.

Der letzte Punkt, den Sie ansprechen, betrifft das Personal. Über das Personal diskutieren wir hier des Öfteren. Sie wissen, dass wir die Einstellungs-ermächtigung für Kommissaranwärterinnen und -anwärter bei der Polizei schon 2011 auf 1.400 Stellen erhöht haben. Und obwohl wir im Land eine sehr angespannte Haushaltssituation haben – wir alle wissen, welche Diskussionen hier über den Haushalt und die Verschuldung geführt werden müssen -, haben wir als rot-grüne Koalition gesagt: Ja, wir werden noch einmal 77 Stellen drauflegen, um die Abbrecherquote bei den Anwärtinnen und Anwärtern aufzufangen und auszugleichen. Der entsprechende Antrag ist hier mehrheitlich angenommen worden.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigung, Frau Abgeordnete. – Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Orth zulassen?

Verena Schäffer (GRÜNE): Ja, bitte.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, bitte.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie haben auf die Polizistinnen und Polizisten in Summe abgestellt. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir in Nordrhein-Westfalen sehr viele Polizistinnen und Polizisten haben, die zwar keinen Außendienst versehen dürfen, gleichwohl Innendienst versehen könnten, zurzeit aber gar nicht im Dienst sind, weil man auf sie verzichtet? Wir hätten also eine riesige Reserve an Polizistinnen und Polizisten, die ja nicht draußen mit der Pistole herum-

laufen müssen, sondern einfach am Monitor normale kriminalistische Feinarbeit machen könnten.

Verena Schäffer (GRÜNE): Diese sehr große Reserve an Polizistinnen und Polizisten möchte ich mal sehen. Es wäre interessant, wenn Sie uns die mal darstellen könnten. Wir haben etwas andere Zahlen. Ab 2016 werden Neueinstellungen und Pensionierungen kippen; darüber haben wir schon häufiger diskutiert. Deshalb machen wir ja gerade Aufgabenkritik und schauen, wo man die Polizei entlasten kann, damit sie vor Ort Präsenz zeigen kann.

Sie kratzen mit Ihrem Antrag ehrlich gesagt auch nur an der Oberfläche. Sie können hier keine Strategie vorlegen.

Nichtsdestotrotz bin ich auf die Debatte im Ausschuss gespannt. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt. Für die Bürgerinnen und Bürger ist das Thema „Wohnungseinbrüche“ problematisch, weil dabei in ihre Privatsphäre eingedrungen wird. Insofern werden wir dieses Thema auch im Ausschuss konstruktiv beraten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Schatz das Wort.

Dirk Schatz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Herr Dr. Orth, ich fand Ihren Antrag von Mittwoch, wie bereits gesagt, nicht unsympathisch. Was ich von dem jetzt vorgelegten Antrag halten soll, weiß ich noch nicht wirklich.

Im Aussagenteil Ihres Antrages führen Sie viele wahre Dinge an. Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, dass die Einbruchszahlen in NRW in dramatischer Weise angestiegen sind. Sie haben sicherlich auch recht, wenn Sie davon ausgehen, dass wir es mit einer Landesregierung zu tun haben, die sich aufgrund ihrer Hilflosigkeit in dieser Sache nicht anders zu helfen weiß, als mit ressourcenfressenden Aktionstagen und Blitzmarathons zu suggerieren, sie hätte alles im Griff. Aber die Zahlen belegen: Das ist nicht der Fall!

Ich weiß, der Minister wird gleich wieder sagen, dass es sich bei den hier kritisierten Maßnahmen immer nur um einen Baustein im Rahmen eines Gesamtkonzeptes handelt. Komisch ist allerdings, dass es sich bei den personell aufwendigsten Maßnahmen zufälligerweise immer um solche handelt, die in der Praxis zwar am wenigsten bewirken, dem Minister aber die größte Öffentlichkeit bringen.

(Beifall von den PIRATEN – Gregor Golland
[CDU]: Genau!)

Sie haben schließlich auch recht, wenn Sie sagen, dass diese Landesregierung – ich drücke es mal so aus – durch ihr Handeln quasi aktiv gegen die Motivation ihrer Beamten ankämpft, zuletzt durch ihren Beschluss zur Tarifumsetzung.

Auch zu einigen Forderungen in Ihrem Antrag könnte ich sagen: Warum nicht? Ich nenne hier die Studie zur Wirksamkeit polizeilicher Maßnahmen bei Wohnungseinbrüchen. Eine Studie ist sicherlich nicht verkehrt, wenn man sie dann auch veröffentlicht.

Auch Ihre Forderung nach Gesprächen mit Versicherungen und Wohnungsbaugesellschaften halte ich im Grunde nicht für falsch, auch wenn ich dort nur eine eingeschränkte Wirksamkeit sehe. Aber der Aufwand, das wenigstens mal zu probieren, ist nicht so hoch. Warum nicht mal neue Wege beschreiten?

Viele Forderungen sehe ich jedoch aus rein praktischen Erwägungen heraus zumindest bei der derzeitigen Personallage eher kritisch. Beispielsweise fordern Sie, Verkaufsplattformen wie Ebay oder örtliche An- und Verkaufsbetriebe gründlicher im Auge zu behalten und dort nach möglicher Beute Ausschau zu halten. Der Ansatz ist zwar grundsätzlich gut, bei der jetzigen Personaldecke aber nur schwer umzusetzen.

Wir haben es mit einer Situation zu tun, in der die Sachbearbeiter in den Fachkommissariaten an manchen Tagen gar nicht mit der Aufnahme neuer Delikte hinterherkommen, geschweige denn diese auch noch adäquat weiterbearbeiten können.

Als Lösung schlagen Sie beispielsweise vor, Beamte, die aus gesundheitlichen Gründen für den Außendienst temporär ungeeignet sind, für derartige Fahndungsarbeiten einzusetzen. Dabei besteht allerdings folgendes Problem: Die Beamten aus dem Außendienst kommen natürlich zum größten Teil aus dem Wach- und Wechseldienst und den dortigen Dienstgruppen. Was ist mit denen? Deren Arbeit dort erledigt sich auch nicht von selbst.

Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, dass für die Außendienstkranken auch in den eigenen Dienstgruppen mehr als genug Arbeit vorhanden ist. Ziehen Sie die dort ab, müssen diese Arbeiten von außendienstfähigen Beamten übernommen werden. Dann haben Sie eventuell ein noch größeres Problem. Vielleicht können Sie mir im Ausschuss noch im Detail erläutern, wie Sie das meinen.

Aber – wie gesagt – im Grunde ist es ein guter Vorschlag, diese Plattformen zu beobachten. Wir müssen uns also Gedanken darüber machen, wo das Personal dafür herkommen soll.

Neben der Forderung nach mehr Personal für die Polizei, die auch wir stellen, gibt es selbstverständ-

lich noch weitere Möglichkeiten. Zunächst einmal ist es wichtig, den Krankenstand, der tatsächlich besorgniserregend hoch ist, in den Griff zu bekommen.

Unsere Große Anfrage zielt genau in diese Richtung. Es geht um Ursachenforschung: Warum sind die alle so krank? Diese Große Anfrage ist bis heute nicht vollständig beantwortet. Die Ergebnisse einer angeblich eingesetzten Arbeitsgruppe, die laut Aussage des Ministeriums bis Ende April vorliegen sollten, liegen noch nicht vor. Aber der April geht ja noch ein paar Tage. Vielleicht kommt da noch was.

Auch was die Aufgabenreduzierung angeht, müssen wir uns Gedanken machen. Ich verstehe zum Beispiel nicht, warum wir unsere Hundertschaften immer häufiger an andere Länder verleihen, während dort immer mehr Personal abgebaut wird.

Und dann übernehmen wir für diese Länder auch noch einen Großteil der Kosten dieser Einsätze. Mir ist nicht klar, warum wir unser Personal für einen Appel und ein Ei verkaufen, während wir hier selber knapsen. Warum berechnen wir diese Einsätze nicht voll, sodass es sich für die anderen Länder nur noch bei tatsächlichen Einsatzspitzen lohnt, unsere Hundertschaften, unsere Kräfte abzurufen?

Auch was manche Deliktsfelder angeht, werden wir uns zukünftig Gedanken machen müssen. Ich hebe beispielhaft ein Anliegen der Piratenpartei hervor. Welchen Sinn macht es heute noch – obwohl immer mehr auch von namhaften Experten und selbst in den Reihen der Polizei gesagt wird, der Weg sei falsch –, die eindeutig gescheiterte Repressionspolitik im Bereich der Betäubungsmittel fortzusetzen? Dieser Bereich ist ungemein personalintensiv und bringt – das ist das Fatale – eben nicht nur die Polizei, sondern insbesondere auch die Justiz – Staatsanwaltschaften und Gerichte – an personelle Grenzen. Das Personal könnte man woanders, zum Beispiel bei der Ermittlung gegen Wohnungseinbrüche, sinnvoller einsetzen. Von der Beleg- und Personalsituation in den Gefängnissen fange ich an dieser Stelle gar nicht erst zu sprechen an. Sie ist dadurch ebenfalls sehr stark strapaziert.

Aber – damit komme ich zum Schluss – ich lasse mir Ihre Ideen im Ausschuss gerne noch mal im Detail erläutern. Vielleicht ergeben sich da ja neue Erkenntnisse oder neue Zahlen, die ich noch nicht kannte. Ich freue mich auf die Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Herr Präsident. – In den 47 Kreis-

polizeibehörden Nordrhein-Westfalens gibt es jeweils ein Kommissariat für Prävention. Dort werden unter anderem Bürgerinnen und Bürger beraten, wie sie sich am besten vor Einbrüchen schützen können. Weil diese Beratung nicht nur bei ihnen zu Hause erfolgt, gibt es in den Polizeibehörden auch Räumlichkeiten, in denen Fenster und Türen ausgestellt sind. Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei haben mir bei meinen Besuchen gelegentlich gezeigt, wie man mit einem handelsüblichen großen Schraubenzieher ein Fenster mit einfachen Beschlägen öffnet. Ich bin in der Lage, ein solches Fenster in drei Sekunden aufzumachen.

Herr Abgeordneter Dr. Orth, wenn ich jetzt Ihrer Logik folge, bin ich nicht nur für 54.000 Einbrüche in diesem Land persönlich verantwortlich; ich habe sogar das Potenzial, sie selbst durchzuführen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Bei allem Amüsement über Ihren Antrag und Ihre Reden, Herr Golland und Herr Dr. Orth – amüsieren kann man sich insbesondere über die Naivität und die Unkenntnis, mit denen Sie sich diesem kriminellen Phänomen nähern –, ist es für mich als Innenminister schon ärgerlich, wie Sie argumentieren.

(Gregor Golland [CDU]: Sie machen es sich zu einfach!)

Offensichtlich haben Sie ein Problem mit der Polizei, Herr Dr. Orth.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Nein!)

– Doch. Noch vor wenigen Wochen haben Sie die Polizei in Nordrhein-Westfalen bezichtigt, bei der Rockerkriminalität wegzuschauen. Vorgestern haben Sie den Polizeipräsidentinnen und Polizeipräsidenten in diesem Land vorgeworfen, Parteigänger zu sein. Heute diskreditieren Sie die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, die sich mit großem Eifer und großem Sachverstand der Einbruchskriminalität stellen, und werfen ihnen vor, sie würden ineffektiv und unmotiviert arbeiten.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Sie geben ihnen nur nicht die richtigen Werkzeuge!)

Herr Dr. Orth, das Problem, das Sie mit der Polizei haben, beruht darauf, dass Sie in Person mit dafür verantwortlich sind, dass fünf Jahre lang in diesem Land bei der Polizei zu wenig eingestellt worden ist. Das ist die Ursache. Fünf Jahre lang!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wie der Kollege dargelegt hat, könnten wir heute 2.100 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mehr auf der Straße haben, wenn Sie nicht bei der Polizei gespart hätten. Das ist die Tatsache.

(Beifall von der SPD)

Heute haben wir mit dem Phänomen zu tun, dass die Einbruchskriminalität sich bundesweit massiv verändert, weil die Täter, die Täterstrukturen und

die Tatbegehungen sich verändern, dass bundesweit die Einbruchszahlen nach oben gehen und dass bundesweit die Aufklärungszahlen sinken; zu dem Grund werde ich gleich noch etwas sagen. Ich finde es schlichtweg ungehörig, diese Problematik als Wahlkampfthema auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei austragen zu wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist unterste Schublade, Herr Dr. Orth.

Tatsache ist: Die Veränderung der Einbruchskriminalität ist – das ist bei den Vorrednern schon angeklungen – auch dadurch verursacht, dass wir es mit einer anderen Tätergruppe zu tun haben, nämlich mit organisierten Banden insbesondere aus Südosteuropa, die vor allem in Städten und Wohngebieten, die nahe an Autobahnen liegen, sodass Fluchtwege vorhanden sind, Einbrüche begehen und anders als früher ihre Beute nicht im Secondhandladen um die Ecke verkaufen, sondern sie häufig in ihre Herkunftsländer mitnehmen, weshalb der Rückschluss zwischen Beute und Täter schwierig wird.

Wir haben reagiert. Alleine 4,5 Millionen € haben wir zusätzlich für das Landeskriminalamt zur Verfügung gestellt, um die DNA-Analyse zu beschleunigen, damit wir nach Einbrüchen sehr schnell feststellen können, ob es sich möglicherweise um einen Täter handelt, dem auch andere Einbrüche zuzuordnen sind. Wir bilden überregionale Datenverbünde, weil diese Tätergruppen ebenfalls überregional arbeiten. Das machen wir im Verbund mit den Polizeibehörden. Das machen wir in der Schwerpunktsetzung im Kompetenzzentrum des Landeskriminalamts. Das machen wir inzwischen auch bundesländer- und staatenübergreifend.

Ich glaube, dass wir hier gut aufgestellt sind – auch im Vergleich mit anderen Bundesländern, was man daran erkennen kann, dass der Zuwachs bei uns geringer ist als in anderen Bundesländern. Das ist aber bei Weitem kein Grund, sich zurückzulehnen – ganz im Gegenteil. Da gebe ich Ihnen ausnahmsweise einmal recht, Herr Dr. Orth.

Ein Einbruch ist materiell in der Regel gar kein so großer Schaden, weil viele Menschen in diesem Land versichert sind. Bei ihnen trägt die Hausratversicherung den materiellen Schaden. Der emotionale Schaden ist viel größer. Das Eindringen in die Privatsphäre, den Schutzraum Wohnung zu verlieren, in der eigenen Wohnung Angst haben zu müssen, das ist für viele Menschen in der Tat ein traumatisches Erlebnis.

Neben dem von Ihnen gewählten Titel „Beute zurück“ – wobei ich das für eine gewisse Naivität halte; eigentlich wollen wir nicht die Beute zurück, sondern den Einbruch verhindern – ist noch viel wichtiger, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie wir uns um die Opfer dieser Einbrüche kümmern und wel-

che Hilfestrukturen wir haben. Es gibt Menschen, die einen solchen Einbruch gut verarbeiten. Dazu mögen Sie und ich zählen. In unserer Gesellschaft gibt es aber auch Menschen, für die ein Einbruch ein so einschneidendes, traumatisches Erlebnis ist, dass ihnen über Jahre geholfen werden muss. Darüber sollten wir in der Tat etwas intensiver diskutieren.

(Beifall von der SPD und Reiner Priggen [GRÜNE])

Als ich die von Herrn Kollegen Golland und Herrn Dr. Orth geführte Debatte verfolgt habe, ist mir folgendes Zitat von Heinz Erhard eingefallen: „Manche Menschen wollen immer glänzen, obwohl sie keinen Schimmer haben!“ Ich finde, dem muss man nichts hinzufügen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN – Gregor
Golland [CDU]: Tun Sie etwas dagegen!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke sehr, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Beratung angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2621** an den **Innenausschuss** – federführend –, an den **Rechtsausschuss** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Regt

sich Widerspruch? – Möchten sich Kolleginnen und Kollegen enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Wie sich sicherlich herumgesprochen hat, werden wir die ursprüngliche Terminplanung für die nächste Plenarsitzung verändern, weil die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten eine Sondersitzung des Plenums zum Thema „Opel“ beantragt haben.

Deshalb berufe ich die **nächste Sitzung** ein für Dienstag, den **30. April 2013**. Voraussichtlich wird diese Sondersitzung am frühen Nachmittag stattfinden. Die Präsidentin wird Ihnen zügig den genauen Zeitpunkt mitteilen.

Bis wir uns spätestens am Dienstag nächster Woche wiedersehen, wünsche ich Ihnen noch einen angenehmen und erfolgreichen Freitag sowie ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:15 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.